UNIVERSITÄT BERN

Arbeitspapiere aus der IKAÖ Nr. 3 / Februar 2012

Rio2012 als Chance nutzen – Wege zu einer nachhaltigen Wirtschaft

Thomas Hammer, Iris Staubesand

Arbeitspapiere aus der IKAÖ, Nr. 3, Februar 2012

Rio2012 als Chance nutzen – Wege zu einer nachhaltigen Wirtschaft

Bericht zuhanden des Bundesamts für Umwelt (BAFU), Abteilung Internationales, über die Vortragsreihe des Forums für Allgemeine Ökologie vom 8. November bis 6. Dezember 2011 zum gleichnamigen Thema

Prof. Dr. Thomas Hammer
Iris Staubesand

Als Teil des Schweizer Vorbereitungsprozesses für Rio2012 wurde die Vortragsreihe vom BAFU unterstützt. Das Forum für Allgemeine Ökologie und die IKAÖ danken dem BAFU dafür sehr herzlich. Die Verantwortung für den Inhalt liegt alleine bei den Autoren.

Kontakt: hammer@ikaoe.unibe.ch, staubesand@ikaoe.unibe.ch

Titelbild: IKAÖ
Fotos Innenteil: Lukas Oechslin, IKAÖ

Zitiervorschlag:
Hammer, Thomas; Staubesand, Iris (2012): Rio2012 als Chance nutzen – Wege zu einer nachhaltigen Wirtschaft. Bericht zuhanden des Bundesamts für Umwelt (BAFU), Abteilung Internationales, über die Vortragsreihe des Forums für Allgemeine Ökologie vom 8. November bis 6. Dezember 2011 zum gleichnamigen Thema
Arbeitspapiere aus der IKAÖ, Nr. 3, Universität Bern, Februar 2012.
[www.ikaoe.unibe.ch/publikationen/arbeitspapier_03.pdf]

Universität Bern
Interfakultäre Koordinationsstelle für Allgemeine Ökologie (IKAÖ)
Schanzeneckstrasse 1
Postfach 8573
CH-3001 Bern

Diese und weitere Publikationen der IKAÖ: www.ikaoe.unibe.ch/publikationen

Dieses Werk ist unter folgender Creative Commons-Lizenz lizenziert:
http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch

UNIVERSITÄT BERN

Inhaltsübersicht

0. Zusammenfassung 3

1. Nachhaltige Entwicklung im Diskurs 11

2. Verantwortung wahrnehmen 19

3. Rahmenbedingungen schaffen 26

4. Innovationspotenziale ausschöpfen 32

5. Podiumsdiskussion:
Botschaften / Anregungen für Rio2012: Wie ist eine national und global nachhaltige Wirtschaft erreichbar? 42

6. Fazit – Zugänge zu einer nachhaltigen Wirtschaft 49

Weiterführende Literatur 56

Anhang A: Programm-Flyer 59

Anhang B: Artikel Universität Bern zum zweiten Vortragsabend 60

Die Vortragsreihe umfasste vier Vortragsabende und eine abschliessende Podiumsdiskussion. Die Vortragsabende beinhalteten je zwei Präsentationen ausgewiesener Fachleute sowie anschliessende Frage- und Diskussionsrunden mit dem Publikum. Folgende Schwerpunkte wurden behandelt: „Nachhaltige Wirtschaft im Diskurs“ (Prof. Dr. Georg Müller-Christ und Prof. Dr. Daniel Wachter), „Verantwortung wahrnehmen“ (Prof. Dr. Helmut Kaiser und Dr. Lothar Rieth), „Rahmenbedingungen schaffen“ (Prof. Dr. Thomas Cottier und Minister Remigi Winzap) sowie „Innovationspotenziale ausschöpfen“ (Prof. Dr. Klaus Fichter und Nick Beglinger). Der fünfte Abend widmete sich der Frage „Wie ist eine national und global nachhaltige Wirtschaft erreichbar?“. Nach einer einleitenden Synthese der vorangehenden Vortragsabende durch Prof. Dr. Thomas Hammer führte der Radioredaktor Markus Mugglin (Leiter Echo der Zeit) durch die Diskussion mit den Podiumsteilnehmern und dem Publikum. An der Podiumsdiskussion beteiligten sich René Longet (Experte für Nachhaltige Entwicklung), Prof. Dr. Hansruedi Müller (Universität Bern), Urs Näf (economiesuisse), Corrado Pardini (UniA) und Daniel Ziegerer (BAFU).

Das Forum für Allgemeine Ökologie führt seit 1996 jedes Jahr eine Vortragsreihe durch, die einem spezifischen Mensch-Umwelt-Thema gewidmet ist. Die Vorträge stehen einer breiten Öffentlichkeit offen und bezwecken die Förderung des Dialogs zwischen Wissenschaft, Zivilgesellschaft sowie Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung. Studierende der Allgemeinen Ökologie können sich den Besuch der Reihe anrechnen lassen.

0. Zusammenfassung

Welches sind aktuelle Diskurse über die Gestaltung einer nachhaltigen Wirtschaft? Welche ethischen Prinzipien sollen wirtschaftliches Handeln leiten? Mit welchen Konzepten, Instrumenten und Innovationen kann zur Gestaltung einer nachhaltigen Wirtschaft beigetragen werden? Wie können Rahmenbedingungen zugunsten einer nachhaltigen Wirtschaft verändert werden, und wie können die Akteure motiviert werden, im Sinne einer nachhaltigen Wirtschaft zu handeln? Welche Anregungen ergeben sich im Hinblick auf die Diskussionen um Rio2012 und die Gestaltung einer nachhaltigen nationalen und globalen Wirtschaft?

Diese Fragen waren Ausgangspunkt der Vortragsreihe „Rio2012 als Chance nutzen – Wege zu einer nachhaltigen Wirtschaft“ des Forums für Allgemeine Ökologie der Universität Bern, welche im November und Dezember 2011 stattfand. An fünf Vortragsabenden präsentierten ausgewiesene Fachpersonen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ihre Sichtweisen und diskutierten diese mit dem Publikum.

Der erste Vortragsabend (s. Kap. 1) widmete sich den Diskursen über die nachhaltige Wirtschaft. Prof. Dr. Georg Müller-Christ vom Forschungszentrum Nachhaltigkeit der Universität Bremen erläuterte die verschiedenen wirtschaftswissenschaftlichen Zugänge und zeigte dabei auf, wie sich die Diskussion in der Volkswirtschaftslehre vom Disput der neoklassischen Ökologie und ökologischen Ökonomie in Richtung komplexerer Überlegungen hin zur Gestaltung einer ökosozialen Marktwirtschaft entwickelte. In der Betriebswirtschaftslehre unterschied er die drei Diskurse „Nachhaltigkeit als moralischer Wert – Stichwort Verantwortung“, „Nachhaltigkeit als Geschäftsidee – Stichwort Effizienz und Innovation“ sowie „Nachhaltigkeit als Ressourcenrationalität – Stichwort Substanzerhaltung“. Wesentliche Grundsätze dieser Diskurse hätten schon immer konstitutive Bestandteile der Betriebswirtschaftslehre dargestellt. Wirklich neu sei jedoch die Herausforderung, nicht nur mit relativ, sondern mit absolut knappen Ressourcen umzugehen, welche Unternehmen vor eigentliche Dilemma-Entscheide stellen würden: Entweder die Nachhaltigkeit ernst und Verantwortung wahr nehmen und dazu auf Ressourceninput verzichten und trotzdem am Markt überleben wollen oder aber die Nachhaltigkeit relativieren und einfach nur auf Effizienz und Innovation setzen. Zum Ausdruck kam, dass die Unternehmen zwar wichtige Beiträge an eine nachhaltige Wirtschaft leisten, sie alleine die Nachhaltigkeitsprobleme jedoch nicht lösen können und auf entsprechende volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen angewiesen sind.

Prof. Dr. Daniel Wachter vom Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) und vom Geographischen Institut der Universität Zürich zeigte auf, wie sich die Debatte in der politischen Diskussion um eine nachhaltige Wirtschaft seit Rio1992 entwickelt hat. Er stelle fest, dass die Diskussion um nachhaltige Entwicklung in den letzten Jahren zunehmend auch von wirtschaftlichen Akteuren aufgenommen wird und damit in der

Wirtschaft angekommen ist, was an sich zu begrüssen sei. Insbesondere die Diskussionen um die Bewältigung der Klimaproblematik sowie der Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrisen hätten dazu geführt, dass Konzepte wie „grüne Wirtschaft“ und „grünes Wachstum“ Auftrieb erhalten hätten. Ob dadurch die Bemühungen um eine nachhaltige Wirtschaft gestärkt oder geschwächt werden, könne konträr beurteilt werden. Die Konfliktlinien der neuen grünen Konzepte in Abgrenzung zur Idee nachhaltiger Entwicklung seien mannigfaltig. Es bestehe die Gefahr, dass im Rahmen der Diskussion der grünen Konzepte zu stark auf nationale Interessen und die Lösung von Wirtschaftskrisen fokussiert werde und Fragen des Umgangs mit planetaren Grenzen, globalen Verteilfragen sowie der Nachhaltigkeitsgovernanz und Armutsbekämpfung vernachlässigt würden.

Aus der Diskussion mit dem Publikum zeichnete sich ein gewisser Konsens ab: Unternehmen und Wirtschaft könnten zwar wichtige Beiträge an eine nachhaltige Wirtschaft leisten, zur Gestaltung einer nachhaltigen Wirtschaft seien jedoch von der Gesellschaft insgesamt wesentliche Zielkonflikte zu lösen.

Der erste Redner des zweiten Vortragsabends (s. Kap. 2) zum Thema „Verantwortung wahrnehmen“, Prof. Dr. Helmut Kaiser von Argument Ethik Spiez und dem Ethikzentrum der Universität Zürich, begründete zwei Thesen: „Eine Gesellschaft, die ihre Probleme alleine durch Wachstum löst, kann nicht ‚nachhaltig‘ sein“ und „Die Zukunft ist ethisch – oder gar nicht“. Und er fügte an: „Unsere Gesellschaft ist eine zerstörerische Wachstumsgesellschaft“, wozu er Beispiele ausführte. Nachhaltigkeit sei mit den zentralen Leitideen unserer Gesellschaft wie Vernunft, Fortschritt und Freiheit vereinbar bzw. in diesen Leitideen sogar begründet. Doch dürften sie nicht zu stark reduziert werden, beispielsweise Fortschritt mit Wachstum und Effizienz gleichgesetzt werden, sondern sie müssten umfassend verstanden werden. Dazu gehört nach Helmut Kaiser unweigerlich auch die Suffizienz-Frage und die Frage nach der Selbstbeschränkung. Als alternative Modelle zum Wirtschaftswachstums-Modell schlägt er das Modell der zirkulären Ökonomie in Verbindung mit einer humanökologischen Wirtschaftsdemokratie vor. Auch diese Konzepte begründete er mit zentralen Werten unserer Gesellschaft wie Mitbestimmung und Demokratie.

Dr. Lothar Rieth von der Abteilung Nachhaltigkeit und Unternehmenspositionierung der Energie Baden Württemberg AG zeigte sodann auf, wie schnell sich die Ansprüche der Gesellschaft an die Unternehmen und die gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen in den letzten dreissig Jahren gewandelt haben. Hätte es vor wenigen Jahrzehnten noch gereicht, Gewinne auch für soziale und kulturelle Zwecke einzusetzen (Stichwort „Corporate Citizenship“), so müssten Unternehmen unterdessen vielmehr eine umfassende gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen (Stichwort „Corporate Social Responsability“).

Lothar Rieth erläuterte, wie Rio1992 die Umweltberichterstattung der Unternehmen anstiess, und wie aufgrund positiver Erfahrungen damit weiter reichende Initiativen entstanden, so die Nachhaltigkeitsberichterstattung, der Global Compact und die integrierte Berichterstattung des IIRC. Eine solche integrierte Berichterstattung hat zur Folge, dass teilnehmende Unternehmen in den Bereichen Finanzen, Umwelt, Soziales und Governanz Bericht erstatten. Für Lothar Rieth sind solche Instrumente wesentliche Elemente der innerbetrieblichen Steuerung. Unternehmen seien so angehalten, zu den verschiedenen Themen Informationen zu sammeln und Ergebnisse offen zu legen, womit innerbetriebliche Anreize gesetzt würden, sich in den jeweiligen Bereichen zu verbessern.

Der dritte Abend (s. Kap. 3) widmete sich der Schaffung von Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Wirtschaft. Prof. Dr. Thomas Cottier vom Welthandelsinstitut (WTI) der Universität Bern führte aus, dass Handel und nachhaltige Entwicklung grundsätzlich keine Gegensätze darstellen, sondern sich vielmehr gegenseitig bedingen würden. Wichtig sei aber die Frage, wie (und nicht wo) das jeweils gehandelte Produkt produziert werde, also z.B. ob ein Fussball mit oder ohne Kinderarbeit entsteht. Aus der Sicht der Welthandels-Forschung sei deshalb die Frage zentral, ob im Welthandel Produkte künftig vermehrt aufgrund verschiedener Produktionsarten differenziert werden können, ob also Einfuhrregeln erlassen werden dürfen, welche auf nachhaltigen Produktionsweisen im Exportland beharren. Aus seiner Sicht ist diese Frage grundsätzlich zu bejahen, und zwar unter Rekurs auf die Rechtsprechung der WTO. Als Präzedenzfall nannte er den sogenannten Thunfisch-Fall, der dazu führte, dass der Import von Thunfisch in die USA heute an Auflagen geknüpft ist.

Die Durchsetzung solcher sogenannter PPMs (Production and Process Methods) in der WTO sieht Thomas Cottier als Möglichkeit, die weltweite Produktion nachhaltiger zu gestalten. Als weiteres sinnvolles Instrument erachtet er die einseitige Einführung von Einfuhrzöllen auf Produkten, welche klar definierten Minimalstandards der Nachhaltigkeit nicht genügen. Solche einseitige Massnahmen von Staatengruppen könnten die Diskussion anregen und auf die Produzenten und Produzentenländer Druck ausüben, ihre Produktionsmethoden anzupassen. Zölle sind nach Thomas Cottier transparenter und zieldienlicher als versteckte technische Hemmnisse, da sie zu erwünschtem Handeln motivieren würden. Und er rief dazu auf zu überlegen, wie Einfuhrzölle für mehr Nachhaltigkeit eingesetzt werden können. In der Diskussion mit dem Publikum ergänzte Thomas Cottier, dass die Umwelt in der Welthandelsdebatte noch zu sektoral betrachtet würde, und das Verständnis, dass Nachhaltigkeit auch über wirtschaftliche Instrumente und die Welthandelsregeln implementiert werden müsse, noch gering sei. Auch deshalb seien einseitige Politiken wie Einfuhrzölle sinnvoll, um den Druck zu erhöhen.

Nachdem Minister Remigi Winzap vom Leistungsbereich Welthandel des Staatssekretariats für Wirtschaft (seco) das vielfältige Engagement des SECO für eine nachhaltige Wirtschaft erläutert hatte, führte er die seiner Meinung nach überaus wichtige Bedeu-

tung von freiwilligen Standards und Labels wie Fairtrade, Max Havelaar, Bio und FSC aus. Breit respektierte Standards und weit verbreite Labels seien wichtige Ansatzpunkte für die Weiterentwicklung des internationalen Handelssystems: Sind solche Standards und Label verbreitet, so sei es einfacher, Minimalstandards im internationalen Handelssystem zu verankern. Deshalb unterstütze das SECO die Entwicklung und Verbreitung solcher Standards und Labels, insbesondere auch über die wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit. Zu den wichtigen künftigen Herausforderungen zählt Herr Winzap entsprechend die Ausweitung der Märkte für nachhaltige Produkte, auch um Druck auszuüben, entsprechende Standards in der WTO einbringen und umsetzen zu können.

Der vierte Abend (s. Kap. 4) beleuchtete die Innovationspotenziele für eine nachhaltige Wirtschaft. Nach Prof. Dr. Klaus Fichter vom Borderstep Institut für Innovation und Nachhaltigkeit Berlin und der Universität Oldenburg besteht eine Innovation in der „Entwicklung und Durchsetzung einer neuartigen Problemlösung, die zu sprunghaften [also nicht nur graduellen] Veränderungen führt." Solche Innovationen für eine nachhaltige Entwicklung gäbe es bereits viele, insbesondere im technischen Bereich, doch sei das Problem, dass sie nicht diffundieren, sich also oft nicht breit durchsetzen könnten. Nicht die Innovationen per se, sondern die Diffusion der Innovationen und die Förderung der Diffusion der Innovationen seien die grossen Herausforderungen für das Entstehen einer nachhaltigen Wirtschaft.

Das Ergebnis seiner gross angelegten Untersuchung zu 100 Nachhaltigkeitsinnovationen ist, dass wenige Faktoren insgesamt über 60% der Diffusionsdynamik der untersuchten Innovationen erklären, darunter die Marktmacht etablierter Anbieter, politische Push- und Pull-Massnahmen, der Einfluss von Pionieren, die Routinisierbarkeit, der relative Vorteil der Innovation, der Kaufpreis und die Wirtschaftlichkeit sowie Durchschaubarkeit. Es sind also verschiedene Faktoren, welche die Verbreitung von Nachhaltigkeitsinnovationen fördern oder hemmen können, und die deshalb bei der Entwicklung und Verbreitung derselben beachtet werden müssen. Hemmende Faktoren und wie sie überwunden werden könnten führte er am Beispiel des Thin Client (server based computing) aus (alleine in Deutschland könnte damit ein Atomkraftwerk eingespart werden).

Ausgewählte Ansatzpunkte und Interventionsoptionen zur beschleunigten Diffusion von Nachhaltigkeitsinnovationen können seiner Ansicht nach sein: das Schaffen von Anreizen für etablierte Anbieter durch die öffentliche Beschaffung; die Entwicklung und Umsetzung von Masterplänen (Förderprogramme); die gezielte Förderung „grüner" bzw. „nachhaltiger" Gründer/Jungunternehmen sowie das Synchronisieren von Innovations- und Exnovationsstrategien. Exnovationen, also die Beendigung bisheriger Praktiken und Techniken wie beispielsweise das Verbot der Glühbirne, betrachtet er dabei als zentral, um Anreize für Innovationen und insbesondere für die Diffusion bestehender Innovationen zu erzeugen.

Im Anschluss daran erläuterte Nick Beglinger, Direktor der Foundation for Global Sustainability (FFGS) und Präsident von swisscleantech weitere Cleantech-Innovationen inklusive deren Material- und Energieeinsparungs-Potenziale und führte aus, wie diese zugleich wirtschaftliches Wachstum erzeugen können. Cleantech ermögliche Unternehmensgründungen und die Erschliessung neuer Märkte. Entsprechend seiner Ausführungen könnte die Schweiz – wenn sie will – zu einer eigentlichen Vorreiterin in Sachen Cleantech werden.

Weitere wichtige Aussagen waren: Die Rahmenbedingungen der Marktwirtschaft seien so zu gestalten, dass sich Effizienz und Innovationen der Unternehmen für eine nachhaltige Marktwirtschaft lohnen würden. Wie in der Theorie vorgesehen, müssten Externalitäten aller Art in die Preise integriert werden, damit der Markt spielen könne und weitere Regulationen überflüssig würden. Es sei an der Zeit, nicht mehr länger auf freiwilliges Handeln der Unternehmen zu warten, sondern allen Unternehmen gleiche Rahmenbedingungen zu setzen. Die nachhaltige Wirtschaft, die schon 1992 von Stephan Schmidheiny propagiert wurde, solle in der Schweiz und speziell in der Wirtschaft endlich als Chance wahrgenommen werden.

In der Diskussion ergänzten die beiden Referenten, dass soziale und kulturelle Aspekte wie Konsumgewohnheiten und Reiseverhalten vermehrt zu thematisieren und in Frage zu stellen seien. Mit marktwirtschaftsverträglichen ökonomischen Instrumenten sollten falsche Anreize aufgrund nicht kostendeckender Preise, so etwa das Wochenend-Shopping per Flugzeug, unbedingt verhindert werden.

Beide Referenten waren sich auch einig, dass insbesondere Subventionssysteme, die mit Nachhaltigkeit nicht konform sind, umgebaut werden sollten, so etwa die Subventionierung fossiler Energien und der Fischerei. Nachhaltiges Wirtschaften müsse sich auch wirtschaftlich lohnen, und nicht nachhaltiges Verhalten dürfe nicht länger gefördert werden. Insgesamt gehe es darum, bei zentralen Rahmenbedingungen anzusetzen, damit nicht überall im Detail reguliert werden müsse. Nick Beglinger ergänzte, dass er die Chance der Einführung der ökologischen Steuerreform in der Schweiz als intakt betrachte. Es brauche solche Instrumente, um wirkliche Veränderungen herbeizuführen.

An der von Markus Mugglin, Leiter Echo der Zeit, Radio DRS, geleiteten und die Vortragsreihe abschliessenden Podiumsdiskussion (s. Kap. 5) nahmen René Longet (Experte für Nachhaltige Entwicklung), Prof. Dr. Hansruedi Müller (Forschungsinstitut für Freizeit und Tourismus der Universität Bern), Urs Näf (Verband der Schweizer Unternehmen economiesuisse), Corrado Pardini (Gewerkschaft UNiA) und Daniel Ziegerer (Bundesamt für Umwelt) teil.

Die Einstiegsfrage, wo wir 20 Jahre nach Rio1992 stehen, wurde von den Podiumsteilnehmern erwartungsgemäss recht unterschiedlich beantwortet. Mehrheitlich einig waren sie sich darüber, dass insbesondere im Umweltbereich einige Verbesserungen zu

verzeichnen seien und die Schweiz im internationalen Vergleich bezüglich vieler Indikatoren relativ gut abschneide. Grössere Herausforderungen wie Klimawandel, Biodiversitätsverlust und Armut würden jedoch trotz gewissen Fortschritten weiterhin einer Lösung harren. Trotz einer gewissen Vorreiterrolle der Schweiz insbesondere in der internationalen Diskussion hätte sie eigentlich weit mehr tun können, meinten verschiedenen Podiumsteilnehmende.

Während der Diskussion der Vertiefungsfrage, wie die Schweiz bezüglich der Klimafrage dastünde, zeichnete sich ein Konsens dahingehend ab, dass sie im internationalen Vergleich relativ gut dasteht und sie sich in internationalen Verhandlungen engagiert einbringt, sie jedoch nicht isoliert betrachtet werden darf und aus verschiedenen Gründen zwingend internationale bzw. globale Lösungen anzustreben sind, auch um den einzelnen Ländern und der Wirtschaft gleiche Rahmenbedingungen zu setzen. Nationale Entscheidungsträger in Wirtschaft und Politik und weitere relevante Akteure könnten kaum von der Einführung strengerer nationaler Regelungen überzeugt werden, wenn diese nicht international durchgesetzt würden.

Es folgte eine rege Diskussion darüber, ob mehr auf freiwilliges Handeln der Akteure (u.a. Labels, Selbstverpflichtungen) oder auf staatliches Regulieren zu setzten ist. Trotz unterschiedlichen grundsätzlichen Positionen zeichnete sich ein Konsens dahingehend ab, dass sich freiwilliges Handeln und staatliches Regulieren nicht gegenseitig ausschliessen, sondern vielmehr ergänzen, und die wesentliche Frage diejenige nach dem richtigen Mischungsverhältnis sei. Ebenso wurde von mehreren Podiumsteilnehmenden grundsätzliche Kritik am internationalen wirtschaftlichen System geäussert, worauf die konträre Diskussion dahingehend abgeschlossen wurde, dass es aufgrund der Rahmenbedingungen zielführender sei, im bestehenden System relative Verbesserungen zu erwirken anstatt alleine auf eine Systemveränderung, die zwar schon seit Jahren diskutiert, aber bisher keine Aussicht auf Verwirklichung hatte, zu setzen.

Auf die Abschlussfrage, welches die Erwartungen und Hoffnungen der Podiumsteilnehmer bezüglich Rio2012 seien, stuften diese aufgrund der aktuellen internationalen wirtschaftlichen Probleme die Hoffnungen als weit höher ein als die Erwartungen. Die minimalen Hoffnungen sind, dass die Diskussionen um nachhaltige Entwicklung überhaupt weitergeführt werden, die von der Schweiz eingebrachte Green Economy Road Map aufgenommen wird, sich eine Nachfolgelösung für das Kyoto-Protokoll abzeichnet und insbesondere die absolute Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch stärker thematisiert und mit der Zeit auch erreicht wird.

Letzter Punkt wurde sowohl am letzten wie während den vorangehenden Vortragsabenden mehrmals eingebracht aufgrund der häufigen kritischen Fragen aus dem Publikum zum Wirtschaftswachstum bzw. zur Verträglichkeit von Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit. Podiumsteilnehmer und Referenten argumentieren mehrmals, dass nicht Wirtschaftswachstum an sich problematisch sei, sondern der damit verbundene

Ressourcenverbrauch, und sie forderten entsprechend, dass der Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch noch stärkere Aufmerksamkeit beigemessen werden sollte, und dazu allenfalls weit strengere Regelungen einzuführen sind. Im Gegensatz zu den Voten aus dem Publikum sprachen Podiumsteilnehmer und Referenten (unter Ausnahme des Wirtschaftsethikers) Suffizienz- und Selbstbeschränkungsstrategien weit weniger an.

Im Fazit (s. Kap. 6) werden wichtige Ergebnisse der fünf Vortragsabende kommentierend zusammengefasst. Zu den wichtigen Aussagen gehören: Die ersten 20 Jahre nach Rio1992 führten insgesamt nur zu relativen Fortschritten. Die globalen Probleme harren weiterhin einer Lösung. Die Schweiz steht im internationalen Vergleich zwar relativ gut da; sie bringt sich in internationalen Verhandlungen fortschrittlich ein; sie hätte aber aufgrund ihrer Möglichkeiten weit mehr tun können. Zusätzlich zu den Anstrengungen im Inland sind strengere internationale Lösungen anzustreben, damit für die nationalen Akteure und Wirtschaften gleiche Bedingungen geschaffen werden.

Vielfältige Akteure beteiligen sich bereits an der Gestaltung einer nachhaltigen Wirtschaft. Andere Akteure fehlen. Gerade die WTO als starke internationale Organisation kann von ihren Mitgliedstaaten noch weit stärker in die Gestaltung einer nachhaltigen Wirtschaft einbezogen werden. Die WTO-Regelungen können dahin angepasst werden, dass nicht nachhaltig produzierte Produkte im Welthandel differenziert behandelt, beispielsweise mit Importverboten oder Importsteuern belegt werden können.

Weiche bzw. freiwillige Instrumente wie Labels, Selbstverpflichtungen und Nachhaltigkeitsberichterstattungen führen zwar nicht zu einer schnellen Umgestaltung der Wirtschaft zu einer nachhaltigen Wirtschaft; sie können aber zur Sensibilisierung, Bewusstseinsbildung, Nachfrage- und Angebotslenkung und zur Verbesserungen in Prozessen und Produktionsverfahren wesentlich beitragen. Nicht zuletzt können sie Wegbereiter für die Einführung strengerer nationaler und internationaler Regeln darstellen.

Vielfältige technische und soziale Innovationen für eine nachhaltige Wirtschaft sind zwar vorhanden, doch diffundieren diese nicht ausreichend. Wichtige Fragen sind deshalb, wie Diffusionshemmnisse überwunden und Anreize ausgestaltet werden können, damit sich solche Innovationen durchsetzen. Von Bedeutung ist dabei auch, wie Innovationen durch Exnovationen gefördert werden können.

Von besonderer Bedeutung ist weiterhin, dass bestehende Instrumente, die aus der Sicht einer nachhaltigen Wirtschaft falsche Anreize setzen, umgebaut werden. Dazu gehören für die Schweiz insbesondere auch die Raumplanung und weitere Instrumente der Siedlungsentwicklung und Steuerung der Mobilität. Mit dem Umbau bestehender Instrumente kann womöglich weit mehr erreicht werden als mit der Einführung neuer zusätzlicher Instrumente, welche bestehende falsche Anreize oft nur graduell korrigieren.

Als Konsens kristallisierte sich heraus, dass eine nachhaltige Wirtschaft zugleich ökologisch, sozial und marktwirtschaftlich ausgerichtet sein soll. Aufgrund der Vortragsreihe scheint die ökosoziale Marktwirtschaft – ein Begriff, der von verschiedenen Referenten und Podiumsteilnehmern verwendet wurde –, die konsensfähige Wirtschaftsform einer nachhaltigen Wirtschaft zu sein. Eine entsprechende Wirtschaftsordnung ist liberal ausgerichtet, setzt auf den Markt und die Marktsteuerung als Ordnungsprinzipien und geht davon aus, dass sich Marktmechanismen, Selbstregulierung und staatliche Regulierung so ergänzen, dass die Wirtschaft zur Erreichung der Ziele nachhaltiger Entwicklung wesentlich beiträgt. Selbstregulierung und staatliche Regulierungen werden dabei nicht als Ausnahmen im Sinne von punktuellem Marktversagen interpretiert, sondern als mit dem Markt gleichwertige Steuerungsmechanismen.

Prof. Dr. Doris Wastl-Walter, die als Vizerektorin der Universität Bern unter anderem für das Dossier „Nachhaltige Entwicklung an der Universität Bern“ zuständig ist, eröffnete die Vortragsreihe den Programm-Flyer der Vortragsreihe zitierend: „Trotz vielfältiger, durchaus auch erfolgreicher Anstrengungen, die Wirtschaft nachhaltiger zu gestalten, konnten die übergeordneten Postulate einer nachhaltigen Wirtschaft weder national noch global umgesetzt werden. Phänomene wie negative Umweltwirkungen, Ressourcenverbrauch, Armut in verschiedenen Regionen weltweit und Wirtschaftskrisen weisen darauf hin, dass die Herausforderungen weiterhin gross sind.“

Prof. Dr. Doris Wastl-Walter eröffnet die Vortragsreihe.

Frau Wastl-Walter betonte, dass Nachhaltige Entwicklung sowohl in der Lehre als auch in der Forschungstätigkeit der Universität Bern einen zentralen Stellenwert hat. Im Namen der Universitätsleitung bedankte sie sich beim Forum für Allgemeine Ökologie und der IKAÖ dafür, dass sie dieses wichtige Thema aufgreifen und zur Diskussion stellen und wünschte, dass die Vortragsreihe zur Gestaltung einer nachhaltigen Wirtschaft beiträgt.

1. Nachhaltige Wirtschaft im Diskurs

Der erste Vortragsabend, zu dem rund 60 Zuhörerinnen und Zuhörer erschienen, widmete sich dem Thema „Nachhaltige Wirtschaft im Diskurs“. Prof. Dr. Georg Müller-Christ vom Forschungszentrum Nachhaltigkeit der Universität Bremen befasst sich aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht mit den ökonomischen Diskursen in Bezug auf eine nachhaltige Wirtschaft. Prof. Dr. Daniel Wachter, Leiter der Abteilung Nachhaltige Entwicklung im Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) und Lehrbeauftragter am Geographischen Institut der Universität Zürich, gab einen Überblick zu den politischen Diskursen zur nachhaltigen Wirtschaft.

1.1 Ökonomische Diskurse im Widerstreit

Abstract von Prof. Dr. Georg Müller-Christ, Forschungszentrum Nachhaltigkeit, Universität Bremen:

Der Widerstreit der ökonomischen Diskurse hat schon bei der Frage angefangen, wie Rücksichtnahme auf die Natur in den Denkmodellen abgebildet werden könnte. Grundsätzlich unterscheiden muss man hierbei zwischen der volkswirtschaftlichen und der betriebswirtschaftlichen Auseinandersetzung um die Integration von Nachhaltigkeit. Während die Volkswirtschaftslehre auf der einen Seite ihren Disput zwischen neoklassischer Ökonomie und ökologischer Ökonomie pflegt, baut sie auf der anderen Seite komplexere Überlegungen zu einer öko-sozialen Marktwirtschaft auf. In der Betriebswirtschaftslehre hingegen lassen sich drei eigenständige Richtungen finden, die entweder Nachhaltigkeit als Ressourcen-effizienzproblem modellieren, als normative Ansprüche gesellschaftlicher Gruppen zeichnen oder als Grundproblem der wirtschaftlichen Substanzerhaltung definieren. Die Ansätze werden analysiert hinsichtlich ihres Beitrags zur Lösung des Nachhaltigkeitsproblems: der Bewältigung absolut knapper Ressourcen.

Herr Müller-Christ stellt fest, dass die meisten Unternehmerinnen und Unternehmer der Ansicht sind, schon heute nachhaltige Wirtschaft zu betreiben: „Alles, was nicht zum Kerngeschäft gehört, gilt als nachhaltig.“ Unternehmen hätten immer schon Verantwortung für Menschen und die Gesellschaft getragen und immer schon effizient und innovativ gehandelt.

Diese Merkmale (Verantwortung, Effizienz, Innovation) sind gemäss dem Referenten für die Gestaltung einer nachhaltigen Wirtschaft durchaus wichtig und grundlegend, jedoch noch lange nicht ausreichend.

Georg Müller-Christ unterscheidet in den Wirtschaftswissenschaften fünf verschiedene Diskurse, die er auch als Denkrichtungen oder Nachhaltigkeitsverständnisse bezeichnet:

1. **Nachhaltigkeit als moralischer Wert (Stichwort „Verantwortung“):**
   Nachhaltigkeit als moralischer Wert ist ein ethisches Prinzip, das Restriktionen zur Folge haben kann. Unternehmerische Verantwortung kann sich auf Mitarbeitende, Kunden, Gesellschaft, Natur/Schöpfung und nachfolgende Generationen beziehen. Dabei wird der Eigenwert von Mensch und Natur betont. Begründungen für unternehmerische Nachhaltigkeitsentscheidungen können sein: Corporate Social responsibility als Basis für ökonomischen Erfolg und Philanthropie (Tue Gutes und rede darüber). Der Brundtland-Bericht nimmt diesen Aspekt der unternehmerischen Verantwortung auf und erweitert ihn um eine globale Perspektive.
2. **Nachhaltigkeit als Geschäftsidee (Stichwort „Effizienz und Innovation“):**
   Nachhaltigkeit als Geschäftsidee basiert auf dem ökonomischen Prinzip, das den Kern unternehmerischen Handelns darstellt. Effizienz und Innovation sollen zu einem kleineren Input, höheren Erträgen und mehr Kunden führen. Die Gewinnung

nachhaltigerer Produkte und Dienstleistungen ist hier nicht Hauptziel, sondern im Sinne einer Win-Win-Situation willkommener Nebeneffekt. Effizienz bezieht sich dabei vorwiegend auf den Rohstoff- und Energieverbrauch und auf Prozesse; Innovation auf das Geschäftsmodell, Produkte und Prozesse. Kostensenkungen durch Energie- und Materialeinsparungen sowie Ertragssteigerungen durch Produkteinnovation rechtfertigen solche betrieblichen Nachhaltigkeitsentscheide. Treiber dafür sind globale Absatz- und Beschaffungsmärkte sowie ausdifferenzierte Produkte.

3. **Nachhaltigkeit als Ressourcenrationalität (Stichwort „Substanzerhaltung“):** Das Verständnis der Nachhaltigkeit als Ressourcenrationalität folgt ebenso dem ökonomischem Prinzip und kann für unternehmerisches Handeln Restriktionen zur Folge haben. Unternehmen beschäftigten sich schon immer mit Substanzerhaltung, sowohl in Bezug auf materielle (u.a. Geld, Materie, Qualifikationen) als auch immaterielle Ressourcen (u.a. Vertrauen, Rechtssicherheit). Neu ist in diesem Verständnis, dass ein globaler und langfristiger natürlicher Ressourcenbestand in unternehmerisches Handeln einbezogen werden soll. Eine unternehmerische Rechtfertigung der Substanzerhaltung kann sein, langfristig in einem Geschäftsfeld verbleiben zu können (Der Referent verwies an dieser Stelle bspw. auf den Schutz von Meeresfischbeständen).
4. **Nachhaltigkeit als Kapitalstockerhaltung (Stichwort „Umweltökonomie“):** In der Umweltökonomie werden Restriktionen in die Nutzenfunktion und damit in die neoklassische Modellwelt aufgenommen. Das Wohlstandsniveau wird im Kern als gesetzt betrachtet, die umweltökonomische Steuerung beruht grundsätzlich auf dem Prinzip des Vorrangs des Wohlstands (im Unterschied zum Vorrang der Natur in der ökologischen Ökonomie, vgl. nächster Punkt). Solange die Wohlstandsbilanz gleich bleibt, dürfen innerhalb der verschiedenen Kapitalstöcke (Finanz-, Human- und Naturkapital) Substitutionen stattfinden. So darf Naturkapital im Sinne der Kapitalstockmodelle durch Finanz- oder Humankapital ersetzt werden. Zentral ist, dass das Gesamtkapital gleich bleibt oder sich vergrössert. Dieses Verständnis ist auch unter dem Begriff der schwachen Nachhaltigkeit bekannt.
5. **Nachhaltigkeit als Einhaltung der Tragfähigkeit der Natur (Stichwort „Ökologische Ökonomie“):** Dagegen ist die ökologische Ökonomie der starken Nachhaltigkeit verpflichtet. Hier wird die Natur als nicht substituierbar betrachtet: Vielmehr ist sie es, die die Grenzen des Wirtschaftens vorgibt und die gegenüber Wohlstandszielen Vorrang hat. Ziel ist, „durch Reduzierung der Einwirkungen eine im Zeitablauf stabile natürliche Umwelt in einem für den Menschen günstigen Zustand“ zu erreichen. Ein wirtschaftstheoretisches Problem dieses Ansatzes sind die für Naturgüter (z.B. saubere Luft) oftmals nicht vorhandenen Preise. Die Politik begegnet dem, indem sie bspw. Immissionsrechte schafft, die gehandelt werden können.

Die ersten drei dieser Diskurse sind in der Betriebswirtschafts- und die Diskurse vier und fünf in der Volkswirtschaftlehre angesiedelt. Herr Müller-Christ zeigte auf, dass die Grundsätze der drei betriebswirtschaftlichen Denkrichtungen schon immer konstitutive Bestandteile der Betriebswirtschaftslehre und unternehmerischen Handelns darstellten: Unternehmen sind seit jeher mit gesellschaftlicher Verantwortung, Effizienz und Innovation sowie Substanzerhaltung konfrontiert und haben Abwägungen zu treffen. Als äusserst problematisch sieht es der Referent an, dass diese Prinzipien in der Praxis und im Sprachgebrauch meistens vermischt werden. Ein „Flirt" dieser drei Prinzipien scheine vordergründig zwar attraktiv, sei im Grunde aber unmöglich: Eine gleichzeitige Maximierung sei nicht denkbar, jedes der Prinzipien bedeute für die anderen eine Restriktion. Egal wie stark Anliegen der Verantwortung oder Substanzerhaltung betont würden, im Grunde dominiere im betriebswirtschaftlichen Kontext immer das Prinzip der Rationalisierung (gleicher, grösserer oder besserer Output bei weniger Input, sprich: Effizienz und Innovation), für das erstere instrumentalisiert würden. Heute erhalte jedes dieser Prinzipien das Etikett der Nachhaltigkeit, gemeint sei aber immer etwas anderes.

Prof. Dr. Georg Müller-Christ

Georg Müller-Christ hält den Begriff der Nachhaltigkeit lediglich bei der Substanzerhaltung für gerechtfertigt. Von zentraler Bedeutung sei letztlich das Spannungsverhältnis zwischen der gewünschten Wirkung heute (Effizienz) und der gewünschten Wirkung morgen (Substanzerhaltung): Für Unternehmen ein Dilemma. Dieses werde aber meistens wegdefiniert und als Win-Win-Situation dargestellt. Georg Müller-Christ plädiert dagegen für getrennte Begriffe und Standpunkte, nur dann sei ein Umgang mit Jetzt-für-dann-oder-dann-für-jetzt-Entscheiden, wie sie sich heute stellen, überhaupt möglich.

Implizit kam zum Ausdruck, dass Unternehmen selbst zwar durchaus eine substanzerhaltende Perspektive einnehmen können, dass die Gesamtheit der Unternehmen das Problem der global beschränkten Natur unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen aber nicht lösen kann. Unternehmen können im Rahmen ihrer einzelbetrieblichen Verantwortung effizient und innovativ mit natürlichen Ressourcen umgehen. Die Lösung für das Ziel, die globalen natürlichen Ressourcen zu erhalten, kann aber nicht von den Unternehmen selbst kommen. Die Umweltökonomie, die eine Substitution der natürli-

chen Ressourcen vorsieht, verfehlt das Ziel ebenfalls. So blieb den Zuhörenden die Schlussfolgerung, dass einzig die ökologische Ökologie eine Möglichkeit darstellt, die Wirtschaft in dem Sinne nachhaltig zu gestalten, dass die globalen natürlichen Ressourcen auch späteren Generationen erhalten bleiben.

1.2 Nachhaltige Wirtschaft im politischen Diskurs

Abstract von Prof. Dr. Daniel Wachter, Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) und Geographisches Institut der Universität Zürich:

Während vieler Jahre nach dem Erdgipfel 1992 war die Debatte um eine nachhaltige Wirtschaft durch eine Auseinandersetzung zwischen traditionell argumentierenden Ökonomen einerseits und sich auf das Konzept der nachhaltigen Entwicklung berufenden Widerstreitern andererseits geprägt. In der jüngeren Vergangenheit ist die Debatte jedoch komplexer geworden. Zunächst ist die Klimaproblematik insbesondere wegen der immer offensichtlicheren wirtschaftlichen Implikationen nach und nach von der Ökonomie angenommen worden und hat bisherige Fronten verändert. Anschliessend haben Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise den Ruf nach Konjunktur- und Wirtschaftsstimulierung aufleben lassen, wobei in Verbindung mit ökologischen Bedenken Konzepte wie ‚grüne Wirtschaft‘ oder ‚grünes Wachstum‘ Auftrieb erhielten. Die ‚grüne Wirtschaft‘ wurde in der Folge zu einem der Hauptthemen der Rio+20-Konferenz von 2012 erhoben. Der Vortrag will diese Entwicklung nachzeichnen und vor allem danach fragen, wie die neuen Konzepte vor dem Hintergrund der nachhaltigen Entwicklung einzuschätzen sind, ob sie diese stärken oder vielmehr zunehmend konkurrieren, ob dadurch letztlich die Bemühungen um eine nachhaltige Wirtschaft gestärkt oder paradoxerweise vielleicht sogar geschwächt werden.

Daniel Wachter legte eingangs Wert auf die ausführliche Definition nachhaltiger Entwicklung, wie sie die World Commission on Environment and Development 1987 im Bericht „Our Common Future“ (S. 43) vorgenommen hatte:

„Sustainable development is development that meets the *needs of the present* without compromising the ability of *future generations* to meet their own needs. It contains within it two concepts:

- the concept of ‚needs‘, in particular the essential needs of the world‘s poor, to which overriding priority should be given, and
- the idea of limitations imposed by the state of technology and social organization on the environment‘s ability to meet present and future needs.“ (World Commission on Environment and Development 1987: 43) (Hervorhebungen in kursiv durch den Referenten)

Die Gestaltung der Wirtschaft im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung müsse vorrangig auf eine Verbesserung der *Befriedigung der Grundbedürfnisse der Armen* ausgerichtet sein, und müsse die *Fähigkeit der Umwelt*, die Bedürfnisse jetziger und künftiger Generationen zu befriedigen, sicher gestellt werden. Damit drückte Daniel Wachter aus, wo bei der Gestaltung einer nachhaltigen Wirtschaft im Wesentlichen anzusetzen wäre:

Bei der Befriedigung der Grundbedürfnisse der Armen weltweit und bei der Sicherung einer intakten Umwelt.

Zentrale Elemente der Gestaltung einer nachhaltigen Wirtschaft sind entsprechend:

- Armutsbekämpfung,
- Bedürfnisbefriedigung,
- Umverteilung der Güter (um Armut zu bekämpfen und Bedürfnisse zu befriedigen) sowie
- die Respektierung der planetaren Grenzen der Natur.

Der aktuelle politische Diskurs setze seine Prioritäten im Hinblick auf eine nachhaltige Wirtschaft aber klar anders. Daniel Wachter nannte drei Gründe, weshalb „grüne Konzepte“ seit einigen Jahren Auftrieb erhalten:

1. Die Wirtschaft hat den Klimadiskurs aufgenommen. Aus der Wirtschaft werden nun logischerweise ökonomische Ansätze zur Lösung des Klimaproblems präsentiert und in die Öffentlichkeit getragen.
2. Das Nachhaltigkeitskonzept altert. Diskussionen um nachhaltige Entwicklung entwickeln sich nicht mehr wie zu Beginn weiter, neue, anregende Konzepte, die die Diskussion anregen könnten, fehlen.
3. Die Finanz- und Wirtschaftskrisen seit 2008 haben die Diskussion um nachhaltige Entwicklung dahingehend beeinflusst, dass Wirtschaftswachstum und die Sicherung von Arbeitsplätzen im „Norden“ zu einem unumstösslichen Bestandteil nachhaltiger Entwicklung geworden sind.

Als erste Meilensteine des politischen Diskurses um die Gestaltung einer nachhaltigen Wirtschaft bezeichnete der Referent

- den Bericht „Our Common Future“ (1987, World Commission on Environment and Development),
- die „Rio Declaration“ und die „Agenda 21“ (1992, UN Conference on Environment and Development),
- den “Johannesburg Plan of Implementation” (2002, World Summit on Sustainable Development und
- die “EU Sustainable Development Strategy” (2006, Europäische Union).

Diese Diskussionen hätten im Sinne des Nachhaltigkeitsverständnisses der Vereinten Nationen auf der Grundlage des Berichtes „Our Common Future“ stattgefunden. Mit der Finanzkrise 2008 sei jedoch ein Bruch in der Diskussion erfolgt. Die Stabilisierung der Wirtschaft und die „grüne Wirtschaft“ als Wachstumsmotor hätten seither an

Bedeutung gewonnen, in Kombination mit der Rezeption des Klimadiskurses in der Wirtschaft würde die „grüne Wirtschaft“ zu einem eigentlichen Hoffnungsträger. Meilensteine seit diesem Kurswechsel sind:

- „Europe 2020“ (2010, Europäische Union, Stichwort „smart, sustainable and inclusive strategy for growth“),
- “Green Growth Strategy” (2011, OECD) und
- “Green Economy Road Map” (2012, UN Conference on Sustainable Development).

Diese Konzepte streben im Kern „grünes“ Wirtschaftswachstum und „grünen“ Handel an und verkürzen nachhaltige Wirtschaft weitgehend auf Wirtschaftswachstum mittels grüner Technologien und Innovationen. Die grüne Wirtschaft kann an der Schnittstelle Wirtschaft-Umwelt angesiedelt werden und beinhaltet im Wesentlichen ein „umwelt-ökonomisches Effizienzprogramm“. Insbesondere die OECD entferne sich klar von der Idee nachhaltiger Entwicklung, die zunehmend geschwächt und abgewertet werde. In der EU deute einiges darauf hin, dass die Nachhaltigkeitsstrategie 2006 nicht weiter-verfolgt sondern von der Wachstumsstrategie „Europe 2020“ ersetzt werde.

Prof. Dr. Daniel Wachter

Die Konfliktlinien neuer „grüner“ Konzepte in Abgrenzung zur Idee nachhaltiger Entwicklung sind mannigfaltig:

Neue grüne Konzepte	Nachhaltige Entwicklung
▪ Selektiv ▪ Kurzfristig ▪ National	▪ Integral ▪ Langfristig ▪ global
Wirtschafts-, finanz-, wohlstands- und wachstumsorientiert	Umwelt-, wohlfahrts- und entwicklungsbezogen
Ökonomisch	Gesellschafts- bzw. nachhaltigkeitsorientiert

So erstaunt es nicht, dass sich im Vorbereitungsprozess von Rio2012 insbesondere Entwicklungsländer dafür einsetzen, dass die grüne Wirtschaft nicht auf die Wirtschaft alleine bezogen bleibt, sondern in den Kontext der Armutsbekämpfung und der nachhaltigen Entwicklung gestellt wird.

Auch in der Schweiz findet die Diskussion um die Erneuerung der „Strategie nachhaltiger Entwicklung des Bundesrats 2012-2015“ im konzeptionellen Rahmen ökologisch-ökonomischer Effizienz statt. Die nachhaltige Entwicklung bleibe jedoch das

übergreifende Konzept, grüne Konzepte würden als komplementär betrachtet und sollen zu einer breit verstandenen nachhaltigen Entwicklung beitragen.

Als Fazit hielt Daniel Wachter fest, dass die neuen grünen Konzepte durchaus wertvolle Impulse bieten, jedoch auch die Gefahr in sich bergen, das Konzept der nachhaltigen Entwicklung mit seinen weiterreichenden Grundsätzen zu relativieren. Das Risiko bestehe, dass im Rahmen der Diskussion grüner Konzepte

- planetare Grenzen vernachlässigt,
- globale Verteilungsfragen vernachlässigt und
- die Nachhaltigkeitsgovernanz geschwächt würden.

Umso wichtiger sei es für ihn, die grüne Wirtschaft immer in den Kontext nachhaltiger Entwicklung und der Armutsbekämpfung zu stellen.

1.3 Diskussion

Während der Diskussion mit dem Publikum ergänzten die Referenten, dass der Aufschwung der grünen Konzepte auch mit der Globalisierung und der wirtschaftlichen Bedeutungszunahme der Schwellenländer zu tun habe. Die internationale Konkurrenz nähme zu, weshalb grüne Techniken und grüne Innovationen für entwickelte Länder zu potenziellen Wettbewerbsvorteilen würden.

Aus dem Publikum kamen kritische Äusserungen dahingehend, dass eigentlich vermehrt auch die Wachstumslogik als Fundament der Wirtschaft in Frage gestellt werden müsste, damit die planetaren Grenzen stärker berücksichtigt werden könnten. Die Entgegnung aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht war zurückhaltend: Die geltenden betriebswirtschaftlichen Konzepte seien nicht darauf angelegt, mit planetaren Grenzen umzugehen. Ebenso sei das umweltökonomische Konzept nicht dazu geeignet, planetare Grenzen zu berücksichtigen. Dem Publikum blieb die Folgerung überlassen, dass offenbar nur die ökologische Ökonomie konzeptionell eine nachhaltige Wirtschaft – also eine Wirtschaft, welche planetare Grenzen berücksichtigt – ermöglicht.

Zur Gestaltung einer nachhaltigen Wirtschaft seien von der Gesellschaft selbst Zielkonflikte zu lösen. Unternehmen und die Wirtschaft allgemein seien Zielkonflikten und Dilemmata ausgesetzt, die sie nicht selbst lösen könnten, sie könnten jedoch durchaus einen wichtigen Beitrag an eine nachhaltige Wirtschaft leisten.

2. Verantwortung wahrnehmen

Der zweite Vortragsabend war dem Thema der Verantwortung gewidmet. Prof. Dr. Helmut Kaiser von Argument Ethik Spiez und dem Ethikzentrum der Universität Zürich referierte zum Thema „Nachhaltigkeit – wirtschaftsethisch zu Ende gedacht“. Dr. Lothar Rieth von der Abteilung Nachhaltigkeit und Unternehmenspositionierung der Energie Baden Württemberg AG sprach aus der Sicht eines ehemaligen Forschers und jetzigen Verantwortlichen für Nachhaltigkeit eines Energiekonzerns zum Thema „Nachhaltige Unternehmen – Initiativen, Erfahrungen, Herausforderungen“.

2.1 Nachhaltigkeit – wirtschaftsethisch zu Ende gedacht

Abstract von Prof. Dr. Helmut Kaiser, Argument Ethik Spiez und Ethikzentrum der Universität Zürich:

Seit der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung von Rio im Jahres 1992 ist die ‚Nachhaltige Entwicklung‘ zu einem Leitbild internationaler, nationaler und regionaler Umweltpolitik geworden. Die ethische Betrachtung nimmt erstens die Kerngedanken des Nachhaltigkeitsbegriffes – Bedürfnisse der heutigen und zukünftigen Generationen hier und weltweit – auf und reflektiert mögliche Beschränkungen technologischer und ökonomischer Entwicklung mit der Frage: Braucht es eine kreativ-lebensdienliche Askese?

Zweitens geht die ethische Perspektive der Nachhaltigkeit von der Einsicht aus, dass die Überwindung der aktuellen Krisen (Finanz; Armut und Hunger; Stellenlosigkeit; sich weiter öffnende Schere zwischen Arm und Reich; zunehmende technologische Risiken; Klimawandel; Erosion von Grundwerten durch Spekulation, Kriminalität, ökonomische Imperative wie Gewinnmaximierung) eine neue ‚Ordnung‘ der Politik und der Wirtschaft voraussetzt: Stichwort ‚Human-ökologische Wirtschaftsdemokratie‘. Dies ist keinesfalls eine abstrakte Utopie, vielmehr kann dieses Leitbild der gesellschaftlichen Entwicklung auf Grundideen der europäischen Ideengeschichte (Menschenrechte, Gerechtigkeit, Freiheit, Bewahrung der Natur) zurückgreifen, welche in unseren Verfassungen eingelagert sind.

Nachhaltigkeit ist drittens dann ethisch zu Ende gedacht, wenn die Verkürzungen der Leitideen der gesellschaftlichen Entwicklung aufgehoben sind: Vernunft ist nicht Effizienz, vielmehr Lebensdienlichkeit. Fortschritt ist nicht Wirtschaftswachstum, sondern umfassende Lebensqualität. Freiheit ist nicht liberale Marktfreiheit, sondern besteht in umfassenden Partizipationsmöglichkeiten in allen gesellschaftlichen Bereichen. Nachhaltigkeit beinhaltet somit systematisch vier Integrationen (1) Zeitlich: Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, (2) Räumlich: ‚Süd‘ und ‚Nord‘, (3) Gesellschaftlich: Ökologie, Soziales, Wirtschaft, (4) Ethisch: Lebensdienlichkeit / Ehrfurcht vor dem Leben, Lebensqualität / Sinn, Partizipation / Gerechtigkeit.

Helmut Kaiser begann seinen Vortrag mit der These: „Eine Gesellschaft, die ihre Probleme allein durch Wachstum lösen kann, kann nicht ‚nachhaltig‘ sein – sie trägt die Zerstörung der ‚Natur‘ in sich.“ Er meint damit, dass Wirtschaft und Gesellschaft

momentan so organisiert seien, dass aktuelle Probleme alleine durch Wachstum gelöst werden können, und fügte an: „Unsere Gesellschaft ist eine zerstörerische Wachstumsgesellschaft“, wozu er einige Beispiele ausführte. Diese Ausführungen führten ihn zur zweiten These: „Die Zukunft ist ethisch – oder gar nicht.“ Aus seiner Sicht ist eine stärkere ethische Ausrichtung von Gesellschaft und Wirtschaft unabdingbar, damit die Ziele nachhaltiger Entwicklung erreicht werden können.

Dazu gehört eine stärkere Ausrichtung von Wirtschaft und Gesellschaft auf die Bedürfnisse der Menschen und die zukünftigen gesellschaftlichen Herausforderungen sowie die Selbstkontrolle der Menschen im Sinne eines Verzichts auf Überfluss (‚Askese‘). Bei seinen Ausführungen bezieht er sich u.a. auf das Buch von John Kenneth Galbraith „Gesellschaft im Überfluss“ aus dem Jahre 1963 (Original: The Affluent Society, 1958). Er zeigt auf, dass kritische Fragen im Zusammenhang mit Wirtschaftswachstum zwar schon seit einiger Zeit diskutiert werden, aber entsprechende Massnahmen nicht ergriffen werden, weil immer „Sachzwänge“ vorgebracht würden, die schliesslich ein entsprechendes Handeln verunmöglichten. Aus Sicht der Ethik gäbe es aber keine unverrückbaren Sachzwänge.

Prof. Dr. Helmut Kaiser

„Wege zu einer gelingenden Gesellschaft“ setzen seiner Ansicht nach eine dem Menschen dienende Wirtschaft voraus. Diese

- sei auf die menschlichen Bedürfnisse auszurichten,
- müsse die Rechte der Natur, welche in Gesetze zu fassen sind, respektieren, und
- habe die Zeitdimension (also die Bedürfnisse späterer Generationen) – sowie die Endlichkeit (beispielsweise von Ressourcen) – zu berücksichtigen.

Nachhaltigkeit ist seiner Ansicht nach mit den drei Leitideen unserer Gesellschaft – Vernunft, Fortschritt, Freiheit – vereinbar bzw. in diesen drei Leitideen begründet. Vernunft dürfe dabei nicht auf technische Effizienz reduziert, sondern müsse umfassend verstanden werden. Auch Effizienz sei für Nachhaltigkeit wichtig, jedoch nicht als Selbstwert, sondern im Sinne von Öko- und Nachhaltigkeitseffizienz. Effizienz alleine genüge aber nicht, sondern müsse mit Suffizienz verbunden werden, also mit der Frage nach dem richtigen Mass, welche bis auf Aristoteles zurückreiche. Als dritten wichtigen Begriff in diesem Zusammenhang nennt Herr Kaiser jenen der Konsistenz: Technik und Natur würden sich nicht von Natur aus ausschliessen, aber es müsse sichergestellt

werden, dass Technik und Natur miteinander vereinbar seien. Entsprechend seien *Effizienz*, *Suffizienz* und *Konsistenz* zentrale Elemente einer lebensdienlichen Wirtschaft und integrativ zu betrachten.

Als alternatives Konzept in Abgrenzung zum Wirtschaftswachstums-Modell schlägt er das *Modell der zirkulären Ökonomie* vor. Darunter versteht er eine Wirtschaft, welche mit dem ökologischen Haushalt vernetzt ist und für die Menschen die notwendigen Güter produziert. Eine solche Wirtschaft interpretiert Fortschritt und Wirtschaftswachstum in Bezug auf die Ziele nachhaltiger Entwicklung (und setzt Fortschritt und Wirtschaftswachstum nicht gleich). Dazu gehören auch Partizipationsmöglichkeiten in allen gesellschaftlichen Bereichen – also auch in der Wirtschaft. Gerade ein Ausbau der Partizipationsmöglichkeiten auch in der Wirtschaft und in den Unternehmen könne ermöglichen, dass Wirtschaft und Unternehmen stärker auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet würden. Mehr Mitbestimmung in der Wirtschaft und in den Unternehmen sei mit unseren Grundwerten durchaus vereinbar und würde keinesfalls ein Ende der Marktwirtschaft bedeuten, jedoch eine Demokratisierung der Wirtschaft ermöglichen.

Dies führte ihn zum letzten Punkt des Referats, der Begründung des Konzepts einer human-ökologischen Wirtschaftsdemokratie. Diese sei mit nachhaltiger Entwicklung vereinbar, zeichne sich durch ethische Grundwerte wie Lebensdienlichkeit, Lebensqualität, Partizipation und Gerechtigkeit aus, integriere die drei Dimensionen nachhaltiger Entwicklung (Ökologie, Soziales, Wirtschaft) und berücksichtige die räumliche Dimension (‚Süd' und ‚Nord') sowie die zeitliche Dimension (Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft).

2.2 Nachhaltige Unternehmen – Initiativen, Erfahrungen, Herausforderungen

Abstract von Dr. Lothar Rieth, Energie Baden Württemberg AG EnBW, Abteilung Nachhaltigkeit und Unternehmenspositionierung:

Gesellschaftliche Verantwortung im Wandel

In den zwanzig Jahren seit der Umweltkonferenz von Rio de Janeiro hat sich die Rolle von Unternehmen stark gewandelt. Stand damals noch generell zur Debatte, ob Unternehmen direkt an den Verhandlungen teilnehmen sollen und ob ihnen überhaupt eine zentrale Rolle bei der Lösung gesamtgesellschaftlicher Probleme zu kommt, so steht heute vielmehr im Vordergrund, welche konkrete Form das nachhaltige Wirtschaften von Unternehmen zukünftig annehmen soll. Im Referat wird insbesondere auf die wichtigsten Erfahrungen von Unternehmen bei der Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung in den letzten zwei Jahrzehnten, auf bestehende und neu aufkommende Initiativen zur Förderung von unternehmerischer Verantwortung sowie auf die aktuellen Herausforderungen von Unternehmen in Bezug auf das Thema Nachhaltigkeit eingegangen. Diese drei zentralen Aspekte sollen aus der Sicht der

Privatwirtschaft im Allgemeinen und eines Unternehmens der Energiewirtschaft im Besonderen diskutiert werden.

Nachhaltigkeit: Sicherheit und Umweltschutz (Carbon Footprint)

In den letzten zwei Jahrzehnten haben sich Unternehmen – insbesondere Großunternehmen – intensiv mit der Frage der Bedeutung ihrer gesellschaftlichen Verantwortung auseinandergesetzt. Viele Fragen sind dennoch nicht abschließend beantwortet: Wo beginnt ihre Verantwortung und wo hört sie auf? Bei Energieunternehmen stand in der Vergangenheit vor allem der zentrale Aspekt ‚Sicherheit' im Mittelpunkt: Das hohe Gut der Versorgungssicherheit der Gesamtbevölkerung, die Sicherheit von Anlagen wie auch der Arbeitsschutz von Mitarbeitenden und die Sicherheit der benachbarten Bevölkerung. Mit dem Aufkommen der Wertediskussion begannen viele Unternehmen zunächst mit Einzelmaßnahmen in ausgewählten Teilbereichen wie Umweltprojekten oder der Stärkung ihres gemeinnützigen Engagements. Heute wird immer stärker die Nachhaltigkeit in der Wertschöpfungskette thematisiert und schrittweise in die Unternehmensstrategie integriert. Im Referat werden insbesondere der ‚Carbon Footprint' von Energieunternehmen sowie diverse Prozesse der Wertschöpfungskette von Unternehmen durchleuchtet.

Kollektive globale Nachhaltigkeitsinitiativen als Treiber des Wandels

Weiterentwicklungen im Bereich von sozialer und ökologischer Unternehmensverantwortung beginnen häufig bei einzelnen Unternehmen und werden auf der nationalen wie internationalen Ebene durch kollektive (Multi-Stakeholder-) Initiativen mit gefördert und unterstützt. Zu einer der etablierten Initiativen zählt der Global Compact der Vereinten Nationen, der 1999 vom damaligen Generalsekretär Kofi Annan aus der Taufe gehoben wurde. Die Arbeitsgrundlage des Global Compact bilden die nunmehr zehn Leitprinzipien in den Bereichen Menschenrechte, Arbeitnehmerschutz, Umweltschutz und Anti-Korruption. Bisher haben sich weltweit mehr als 6'000 Unternehmen zu den Prinzipien des Global Compact bekannt. Zu den neueren Initiativen zählt das International Integrated Reporting Committee (IIRC). Es wurde 2010 vom Prince's of Wales Accounting for Sustainability Project und der Global Reporting Initiative (GRI) begründet und hat sich zum Ziel gesetzt, die Unternehmensberichterstattung weiterzuentwickeln. Neben der Stärkung der Nachhaltigkeitsberichterstattung, die sich in den letzten Jahren insbesondere über die GRI immer mehr zu einem de facto-Standard entwickelt hat, soll mit der Förderung der Integrierten Berichterstattung eine stärkere Verknüpfung von Geschäfts- und Nachhaltigkeitsberichterstattung erfolgen. Im Blick haben die Gründer und Architekten der IIRC insbesondere die Kapitalmärkte (Investoren und Analysten), die immer mehr auch an nicht-finanziellen Kennzahlen Interesse zeigen, um langfristige Risiken besser einschätzen zu können und gleichzeitig mehr Informationen aus der aktuellen Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen zu ziehen. Wie fast alle Unternehmen aus dem Energiesektor bekennt sich auch die EnBW AG zu den Prinzipien des Global Compact. Der Idee des IIRC stehen viele Unternehmen offen gegenüber. 40 Unternehmen weltweit, darunter die EnBW AG, haben sich darüber hinaus entschlossen, an einem Pilotprojekt zur Umsetzung des IIRC-Rahmenwerks teilzunehmen und ihre Erfahrungen mit in die Weiterentwicklung dieses Rahmenwerks einfließen zu lassen.

UNIVERSITÄT BERN

Herausforderungen für die Zukunft von Gesellschaft und Wirtschaft

Zwanzig Jahre nach der ersten Konferenz von Rio haben sich die Erwartungshaltungen an Unternehmen sehr gewandelt. Katalysiert durch mehrere Finanz- und Wirtschaftskrisen wurde das Vertrauen in die Privatwirtschaft und ihre Unternehmen zudem stark beeinträchtigt. Unternehmen haben daher heutzutage ein Bewusstsein ausgebildet, ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden und ihr Kerngeschäft nach den Möglichkeiten nachhaltigen Wirtschaftens auszurichten. Auf der Rio-Konferenz im kommenden Jahr steht die Entwicklung einer Green Economy im Vordergrund, Unternehmen sind aufgefordert zu prüfen, welchen Beitrag sie leisten können und wollen. Dabei stehen Energieunternehmen unter besonderer Beobachtung. Die Ereignisse von Japan/Fukushima haben in Deutschland die Energiewende beschleunigt. Die Beschlüsse vom Oktober 2010 wurden revidiert und der Ausstieg aus der Kernkraft bereits für das Jahr 2022 beschlossen. Damit ist die Erreichung der Klimaziele, insbesondere für Energieunternehmen, erschwert worden. Der Ausstieg aus der Kernenergie führt notgedrungen zu einer verstärkten Nutzung von fossilen Energieträgern, u.a. Kohlekraftwerken, was, trotz der Erhöhung des Wirkungsgrades und dem Einbau von mehreren Filterstufen, zu einer entsprechend hohen CO_2-Belastung führt. Die EnBW stellt sich dieser Ausgangssituation und ist bestrebt mit ihrer strategischen Ausrichtung ihr Profil als CO_2-armer Erzeuger zu stärken und gleichzeitig – unter Berücksichtigung sich perspektivisch schrittweise verändernder Erzeugungsstrukturen – das Angebot ihrer dezentralen Lösungsangebote auszuweiten.

Lothar Rieth zeigte in seinem Referat auf, wie das drittgrösste deutsche Energieversorgungsunternehmen die sich wandelnde gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen wahrnimmt. Einleitend erläutert er, wie sich die Rolle der Unternehmen in Politik und Gesellschaft in den letzten rund 30 Jahren verändert hat: Wurden Unternehmen früher als Teil des Problems wahrgenommen, so würden sie unterdessen vielmehr als Teil der Lösung gesehen und entsprechend auch in die Problemlösung einbezogen. Damit verbunden sei ein Anstieg der politisch-gesellschaftlichen Ansprüche an die Unternehmen, es genüge heute nicht mehr, Produkte, Einkommen und Arbeitsplätze zu schaffen. Früher habe der Anspruch bestanden, Gewinne auch für gute Zwecke einzusetzen, sie bspw. für soziale und kulturelle Zwecke zu spenden („Corporate Citizenship“). Heute genüge dies nicht mehr, Unternehmen müssten Rechenschaft darüber ablegen, auf welche Art und Weise sie produzieren und Geld verdienen, also wie umfassend sie gesellschaftliche Verantwortung übernehmen („Corporate Social Responsibility“).

Dr. Lothar Rieth

Er legte sodann dar, dass der relativ schnelle Wandel der gesellschaftlichen Ansprüche an Unternehmen zu grossen unternehmerischen Herausforderungen führe. Im Energiebereich, in welchem er tätig ist, beträgt die Planungs-, Investitions- und Amortisationsphase gerade bei Grossprojekten 50 bis 60 Jahre. Sei ein Konsens vorhanden, dass eine bestimmte Energieproduktion sinnvoll sei (z.B. Kohle- und Atomkraftwerke in den 1950er- und 1960er-Jahre), dann dauere die Planungs-, Bewilligungs- und Bauphase zehn bis 20 Jahre, und die Investitionen müssten während rund 40 Jahren amortisiert werden. Innerhalb dieser 60 Jahre könne aber die Gesellschaft – wie nun bei den CO_2-wirksamen Energien und der Atomenergie – umdenken, was die Unternehmen vor Probleme stellt. Sie könnten Produktionsverfahren nicht innerhalb weniger Jahre umstellen, jedoch Neuinvestitionen entsprechend der aktuellen politischen und gesellschaftlichen Vorstellungen tätigen, also beispielsweise in erneuerbare Energien und Energieeffizienz investieren. Sie könnten neue Themen aufnehmen – auch Themen wie Biodiversität und Öko-Strom –, die gesamte Produktionskette jedoch nicht innert weniger Jahre darauf ausrichten.

Konkret bedeutet Nachhaltigkeit für sein Unternehmen:

- bei Innovation und Wachstum auf den Ausbau erneuerbarer Energien, Energieeffizienzdienstleistungen und nachhaltige Städte zu setzen,
- interne Prozesse mit ökologischer und sozialer Verantwortung effizient zu gestalten sowie
- Mitarbeitende und Gesellschaft verstärkt einzubinden.

Das Unternehmen versuche, „nachhaltiges Wirtschaften" entlang der Wertschöpfungskette „Energieerzeugung – Handel/Beschaffung – Transport und Verteilung – Vertrieb" mit entsprechenden Massnahmen zu stärken. Darüber hinaus werde versucht, Nachhaltigkeit im Arbeitsalltag und im Rahmen eines innerbetrieblichen Nachhaltigkeitsmanagements umzusetzen. Ziel sei, mit solchen Massnahmen Lerneffekte im Unternehmen auszulösen, damit die Mitarbeitenden in ihren Funktionen Verantwortung für nachhaltiges Wirtschaften übernähmen.

Ein zentrales Instrument der Förderung einer nachhaltigen Wirtschaft stellt für Lothar Rieth die *betriebliche Umwelt- bzw. Nachhaltigkeitsberichterstattung* dar. Unternehmen seien aufgrund der Berichterstattung angehalten, in den zu berichtenden Bereichen Informationen zu sammeln und Ergebnisse offen zu legen, womit Anreize gesetzt würden, sich in den jeweiligen Bereichen zu verbessern. Aufgrund der Rio-Konferenz 1992 sei die Umweltbericht-Erstattung angestossen und weit verbreitet worden. Unterdessen würden rund zwei Drittel der Grossunternehmen Nachhaltigkeitsberichte erstellen. Die *UN Global Compact-Initiative* aus dem Jahre 2000 habe dazu geführt, dass über 6000 Unternehmen aus 135 Ländern sich zu zehn Leitprinzipien in den Bereichen

Menschenrechte, Arbeitnehmerschutz, Umweltschutz und Anti-Korruption bekennen und jährlich Bericht erstatten.

Eine weiterreichende und vielversprechende Initiative stellt nach Lothar Rieth die *Integrated Reporting-Initiative (IR)* des IIRC dar (IIRC: International Integrated Reporting Committee). Diese Multi-Stakeholder-Initiative wurde 2009/10 vom Prince's of Wales Accounting for Sustainability Project und der Global Reporting Initiative (GRI) gegründet und verfolgt das Ziel, eine integrierte Berichterstattung von Unternehmen (Verknüpfung finanzieller und nicht-finanzieller Informationen bezüglich Finanzen, Umwelt, Soziales und Governanz) einzuführen. Eine integrierte Berichterstattung setze integriertes Denken und Handeln im Betrieb voraus oder würde dieses zumindest fördern. Am IR-Pilotprojekt (Start Oktober 2011) beteiligen sich 50 Unternehmen weltweit, darunter neben seinem Unternehmen Grossbetriebe wie Volvo, Eni, Coca-Cola und HSBC.

Abschliessend äusserte Lothar Rieth zwei wesentliche Herausforderungen: Erstens werde die Nachfrage nach Energie weltweit voraussichtlich hoch bleiben oder sogar noch zunehmen. Angesichts der Energiewende (Verzicht auf Atomkraft in Deutschland; Reduktion der CO_2-wirksamen Energien) sei die Gewährleistung der Versorgungssicherheit unter diesen Umständen für die Energiewirtschaft eine ausserordentliche Herausforderung. Für die Energiewende und die Versorgungssicherheit seien zweitens Investitionen grösseren Ausmasses unabdingbar, die Gesellschaft und Wirtschaft ebenfalls vor grosse Herausforderungen stellen würden.

2.3 Diskussion

Auf kritische Nachfragen in Bezug auf die Nachhaltigkeit von Unternehmen äusserte Lothar Riet, dass es heute noch kein nachhaltiges Unternehmen gäbe. Nachhaltigkeit sei ein Prozess, welcher zwar in eher kleinen Schritten, aber mit der Zeit durchaus zur Umgestaltung von Unternehmen beitragen würde. Die Unternehmen stünden weit stärker als noch vor 30 Jahren in der Öffentlichkeit, und entsprechend würden und müssten sie gesellschaftliche Anliegen schneller aufnehmen.

Helmut Kaiser bemängelte an den Ausführungen zur Nachhaltigkeit von Unternehmen, dass der Mensch und seine Anliegen zu wenig im Zentrum der Überlegungen stünden. Kleine Schritte seien zwar durchaus sinnvoll. Aber wichtiger seien ein Paradigmenwechsel und ein Wegkommen vom Wachstumsparadigma, damit diese kleinen Schritte auch zu einer lebensdienlichen Wirtschaft führten. Er fordert die Unternehmen auf, sich mit solchen Diskussionen auseinandersetzen.

3. Rahmenbedingungen schaffen

3.1 Welthandelsbedingungen für eine global nachhaltige Wirtschaft

Abstract von Prof. Dr. Thomas Cottier, Welthandelsinstitut WTI, Universität Bern:

Der Vortrag befasst sich mit der Frage, inwieweit die geltenden Regeln der WTO eine nachhaltige Entwicklung zu fördern im Stande sind und inwieweit Anpassungen im Instrumentarium von tarifären und nicht-tarifären Massnahmen vorgenommen werden müssen. Im Mittelpunkt der Ausführungen stehen sog. PPMs (Production and Process Methods) und damit die Frage, inwieweit Einfuhrregeln auf nachhaltigen Produktionsweisen im Exportland beharren dürfen. Die Frage wird anhand von Klimafragen behandelt und unter Rekurs auf die Rechtsprechung der WTO grundsätzlich bejaht. Handel und nachhaltige Entwicklung sind kein Gegensatz sondern bedingen sich gegenseitig.

Einführend erläuterte Prof. Dr. Thomas Cottier die positiven Wirkungen der offenen Handelsordnung und von Freihandelsabkommen, insbesondere auf den Wohlstand in den Industrie- und Schwellenländern. Die Wohlstandseffekte hätten unter anderem auch dazu geführt, dass der Sozialstaat insbesondere in Europa und den USA ausgebaut werden konnte. Für die am wenigsten entwickelten Länder seien diese Effekte jedoch nicht wie erhofft ausgefallen.

Anders sähe es aus, wenn ökologische Aspekte (und später im Referat erwähnte er auch soziale Aspekte) betrachtet würden. Wirtschaftswachstum wie etwa in China könne zu sehr negativen ökologischen Wirkungen führen. Eine gewisse Skepsis gegenüber der Handelsordnung sei deshalb durchaus angebracht. Es sei verständlich und nachvollziehbar, dass die Sicht verbreitet sei, beispielsweise einheimische und saisonale Nahrungsmittel guter Qualität gegenüber weit her importierter Nahrungsmittel im Handel bevorzugt zu behandeln. Ein gewisses Spannungsverhältnis zwischen offener Handelsordnung und ökologischen Aspekten sei durchaus vorhanden.

Sogleich schränkte er jedoch ein, dass die Landwirtschaft nicht per se ‚grüner' sei oder werde, nur weil sie mit protektionistischen Massnahmen geschützt werde (bspw. würde die schweizerische Landwirtschaft fehlende Rohstoffe importieren und diese damit im Ausland abbauen). Eine differenzierte Betrachtung sei notwendig; ‚Handel' und ‚Ökologie' dürften nicht gegeneinander ausgespielt werden. Zentral sei, *wie* das jeweilige Produkt produziert wurde, und nicht *wo* (bspw. komme es bei Fussbällen darauf an, ob diese mit oder ohne Kinderarbeit produziert würden, und nicht wo, um einschätzen zu können, wie nachhaltig die Produktion sei).

Ein wichtiges Ziel müsse sein, sogenannte Win-Win-Situationen zu schaffen, beispielsweise bestehende Subventionen für positive Leistungen zu vergeben. Dabei erwähnte er die Subventionierung der Hochseefischerei, welche zur Überfischung der Meere führt. Wichtig sei, dass diese so ab- und umgebaut würden, dass daraus keine negativen ökologischen Wirkungen erwachsen.

Grundsätzlich geht Thomas Cottier davon aus, dass die *Art und Weise der Produktion* wichtiger ist als der Handel des Produkts für die Beurteilung der Nachhaltigkeit des Produkts. Die jetzige Welthandelsordnung verlange jedoch mit der Meistbegünstigungsklausel, dass für gleichartige Produkte – egal ob in- oder ausländisch produziert – dieselben Handelsbedingungen gelten. Einem gehandelten Baumstamm sei nicht anzusehen, wie er produziert wurde.

Die *zentrale Frage* sei deshalb, *ob im Welthandel Produkte künftig vermehrt aufgrund verschiedener Produktionsarten differenziert werden könnten*, also ob Produkte nach PPMs (Production and Process Methods) unterschieden werden dürfen. Falls dies gelänge, könnten Einfuhrregeln auf nachhaltigen Produktionsweisen im Exportland beharren. Solche Regelungen würden jedoch schnell als versteckte protektionistische Massnahme aufgefasst, und insbesondere Entwicklungsländer würden sich gegen die Zulassung von PPMs zur Wehr setzen.

Prof. Dr. Thomas Cottier

Der ‚leading case' (Präzedenzfall) für PPMs ist der sogenannte Thunfisch-Fall. Der Import von Thunfisch ist in den USA an Auflagen geknüpft. Aufgrund dieses Falles ist es möglich, Ausnahmen und Auflagen im Umweltbereich im Rahmen der WTO vermehrt zu diskutieren. Bezüglich der Menschenrechte verläuft die Diskussion schwieriger; bisher liegt noch kein Fallrecht vor, auf welches sich die Diskussion beziehen kann. Grundsätzlich aber ist nach Thomas Cottier die Diskussion um PPMs der richtige Weg, um Anforderungen der Nachhaltigkeit im Rahmen des Welthandels und der WTO stärker zu verankern.

Auch bezüglich der Frage nach Massnahmen zur Abfederung des Klimawandels kommt der Handelsordnung eine sehr wichtige Bedeutung zu. Damit die Staaten im Welthandel gleiche Bedingungen hätten, seien sie an der internationalen Handelsordnung eigentlich stark interessiert und auch motiviert, in multilateralen Gremien mitzuarbeiten. Es gäbe jedoch Staaten, die sich stärker engagieren würden und solche, welche aussen vor bleiben und damit die Verandlungen verzögern und blockieren würden.

Ziel müsse deshalb sein, diese Staaten vermehrt zu motivieren, an solchen Verhandlungen teilzunehmen. Eine Möglichkeit dazu sieht Thomas Cottier in der Einführung neuer

Zölle. So könnte in internationalen Verhandlungen vermehrt unterschieden werden zwischen denjenigen, die Regeln akzeptieren und mitmachen auf der einen, und denjenigen, die aussen vor bleiben auf der anderen Seite. Damit Fortschritte nicht verhindert würden, müssten letztere jedoch Nachteile in Kauf nehmen. So könnten beispielsweise Einfuhrzölle auf Produkten eingeführt werden, welche den Bestimmungen nicht genügen. Dadurch erhielten Unternehmen und Staaten Anreize, die Produktion umzustellen (oder sie halten an ihrer Produktion fest und nehmen Zollnachteile in Kauf). Damit solche Zölle eine Lenkungswirkung haben, müssten sie jedoch mindestens so hoch ausfallen, dass die Preisunterschiede ausgeglichen werden.

Thomas Cottier hielt fest, dass diese Diskussion um die Einführung von Zöllen neu sei und Zölle bisher immer nur als Handelshemmnisse interpretiert worden seien. Seiner Argumentation entsprechend sind Zölle jedoch transparenter und zieldienlicher, da sie zu entsprechendem Handeln motivieren. Er rief dazu auf, vermehrt zu überlegen, wie Zölle für mehr Nachhaltigkeit eingesetzt werden können.

Abschliessend führte Thomas Cottier aus, dass die erläuterten Themen bisher nicht auf der Agenda der Rio2012-Konferenz vorhanden seien. Der Rio-Prozess und die WTO-Diskussionen seien weiterhin zwei getrennte Welten, die verstärkt vernetzt und integriert werden sollten.

3.2 Das Engagement der Schweiz – Erfahrungen und Herausforderungen

Abstract von Remigi Winzap, lic. iur., D.E.S. ENA, Minister, Ressortleiter WTO/Öffentliches Beschaffungswesen, Leistungsbereich Welthandel, Direktion für Aussenwirtschaft, SECO:

Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung fordert von der Politik eine ausgewogene Berücksichtigung der drei Dimensionen «Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit», «Ökologische Verantwortung» und «Gesellschaftliche Solidarität». Die Schweiz betrachtet diese drei Dimensionen als sich gegenseitig ergänzende Aspekte der nachhaltigen Entwicklung. Als Teil der Wirtschaftspolitik verfolgt die Aussenwirtschaftspolitik primär das Ziel, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu steigern. Dies tut sie, indem die Standortattraktivität der Schweiz durch günstige Rahmenbedingungen für die grenzüberschreitende Wirtschaftstätigkeit gewahrt und laufend verbessert wird.

Nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum bedingt, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu stärken und den Wohlstand zu steigern, gleichzeitig aber den Umwelt- und Ressourcenverbrauch bei uns und in unseren Partnerländern auf einem dauerhaft tragbaren Niveau zu halten und den sozialen Zusammenhalt zu gewährleisten. Dabei müssen die langfristigen und die globalen Auswirkungen des gegenwärtigen Handelns berücksichtigt werden. In diesem Sinne sind Nachhaltigkeit, Menschenrechte, Umwelt- und Sozialstandards wichtige Ziele der bundesrätlichen Politik. Im Rahmen ihrer Aussenwirtschaftspolitik setzt sich die Schweiz sowohl multilateral (insbesondere im Rahmen internationaler Organisationen) als auch pluri- und bilateral für eine Stärkung der Kohärenz zwischen Sozial-, Umwelt- und Handelsregelwerken

ein. Sie fördert zudem auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Massnahmen der Privatwirtschaft (verantwortungsvolles Unternehmensverhalten / corporate social responsibility) sowohl in der Schweiz als auch in Partnerländern.

Dieses Referat zeigt die Zusammenhänge zwischen der nachhaltigen Entwicklung und der Aussenwirtschaftspolitik auf und legt dar, wie die Schweiz in ihrem aussenwirtschaftspolitischen Handeln den ökologischen und sozialen Nachhaltigkeitszielen Rechnung trägt. Dabei wird zum einen auf den multilateralen Aspekt und damit das Engagement der Schweiz in der WTO eingegangen, zum anderen wird das Vorgehen der Schweiz auf pluri- und bilateraler Ebene im Rahmen von Freihandelsabkommen erläutert.

Remigi Winzap betitelte sein Referat mit „Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Weltwirtschaft". Einleitend erläuterte er, dass alle Länder sehr verschiedene Politiken hätten (so u.a. Währungspolitik, Energiepolitik, Umweltpolitik, Sozialpolitik, Agrarpolitik, Verkehrspolitik, Aussenwirtschaftspolitik). Die Schweiz versuche wie alle Länder, in ihren nationalen Politiken und im Verhältnis zu den internationalen Politiken eine möglichst hohe Kohärenz herzustellen. Zielkonflikte und Prioritätensetzungen seien jedoch unvermeidlich. Gerade für die Schweiz als stark international integrierter und von der Aussenwirtschaft abhängiger Staat sei es umso wichtiger, international verlässliche und nachhaltige Rahmenbedingungen zu haben, wofür sich auch die Schweiz einsetze. Für die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz seien der Marktzugang im Ausland, das internationale Regelwerk und auch die wirtschaftliche Entwicklung in Partnerländern wesentliche Elemente. Entsprechend würde die Schweiz die internationalen Verpflichtungen berücksichtigen und sich in der WTO, im Rahmen von Freihandelsabkommen und in der wirtschaftspolitischen Entwicklungszusammenarbeit engagieren:

- Im Rahmen der WTO setzt sich die Schweiz für die Stärkung der Nachhaltigkeit ein, etwa in den thematischen WTO-Komitees, bezüglich Produktionsmethoden (PPMs) und Handelsmassnahmen für die Umwelt. PPMs und Handelsmassnahmen für die Umwelt seien jedoch Spannungsfelder und stünden mit anderen Interessen in Konflikt. Insbesondere PPMs müssten noch stärker thematisiert werden, wobei gerade Entwicklungsländer den PPMs kritisch gegenüber stünden.
  Handelsmassnahmen für die Umwelt seien durchaus möglich und vorhanden, wie etwa die Basler Konvention zeige (Basler Übereinkommen über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung vom 22. März 1989).
- Im Rahmen der Freihandelsabkommen ist die Schweiz in EFTA-Arbeitsgruppen zu Umwelt und Arbeitsnormen aktiv, arbeitet bei den Modellbestimmungen zu Handel und nachhaltige Entwicklung mit und setzt sich in der Verhandlungsführung ein.
- In der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit setzt sie sich für nachhaltigere Produktion ein, so in den Bereichen a. Ressourcen-/Energieeffizienz und erneuerbare Energien, b. Stärkung der Arbeitsnormen und c. nachhaltige Nutzung der natürlichen

Ressourcen und der Biodiversität. Beispielsweise fördert die Schweiz in verschiedenen Ländern sogenannte Cleaner Production Centres (CPCs; öko-effiziente Industrien) und die fachgerechte Zerlegung von Elektroschrott („E-waste“) als Beitrag zur Green Economy und zum Klimaschutz. Ebenso unterstützt sie Programme, welche Arbeitsnormen stärken. Dies mit dem Ziel, die Arbeitsnormen der ILO entlang der ganzen Produktions- und Lieferkette einzuhalten.

Remigi Winzap sieht in der Förderung breit verwurzelter freiwilliger Standards und Labels (z.B. Fairtrade, Bio, FSC, 4C, UTZ, RSB) einen wichtigen Ansatzpunkt für die Weiterentwicklung des internationalen Handelssystems. Er bezeichnet solche privaten Standards und Labels als eigentliche Brücke zur Umsetzung der Regelwerke der WTO und der internationalen Umwelt- und Sozialkonventionen. Das seco unterstützte die Erarbeitung des Max Havelaar-Labels und vergibt weiterhin Startgelder für ähnliche Initiativen und für die Unterstützung der Ausbildung von Produzenten. Damit würden diese befähigt, labelgerecht zu produzieren und sich einen Markt zu erschliessen. Sobald sich freiwillige Standards und Labels dann verbreitet hätten, sei es einfacher, die entsprechenden Anliegen in die internationalen Verhandlungen einzubringen.

Minister Remigi Winzap

Zu den wichtigen Herausforderungen zählt Remigi Winzap die Verbreiterung der Märkte für nachhaltige Produkte. Das Feld zwischen nationalen Politiken und internationalen Regeln bleibe weiterhin angespannt, zumal neue starke Akteure aufgetreten seien, so etwa Russland, China, Indien oder Brasilien, und Entwicklungsländer ihre Prioritäten oftmals anders setzen würden als europäische Staaten (Stichwort Entwicklungs- versus Umweltinteressen).

3.3 Diskussion

In der Diskussion wurde insbesondere der Vorschlag von Thomas Cottier aufgegriffen, Einfuhrzölle auf Produkten zu erheben, welche gewissen Minimal-Standards nicht genügen. Für Remigi Winzap, der sich – wie das Publikum auch – gegenüber diesem Vorschlag eher überrascht, aber nicht abgeneigt zeigte, müssten allerdings für die Einführung eines solchen Instruments ganz klare Kriterien formuliert werden, damit das Instrument nicht unkontrollierbar würde und protektionistisch eingesetzt werden könne.

Nach Thomas Cottier ist die Überzeugung noch nicht vorhanden, dass Nachhaltigkeit auch über wirtschaftliche Instrumente implementiert werden muss. Die Umwelt würde

noch zu stark sektoral betrachtet. Deshalb müsse – auch durch einseitige Politiken – ein Druck aufgebaut werden, welcher zu weiterer multilateraler Zusammenarbeit motiviere. Wenn mehrere Staaten zusammen für Produkte, welche die Minimalstandards nicht erfüllen, Zölle erheben würden, würden die Produzenten in den anderen Staaten motiviert, die Produktion anzupassen. Entwicklungsländern, welche die Standards nicht erfüllen können, könnte ein Ausbildungs- und Technologietransfer angeboten werden. Gerade auch die Förderung der Ausbildung und die internationale Forschungszusammenarbeit seien Wege, die Nachhaltigkeit in anderen Ländern zu fördern.

4. Innovationspotenziale ausschöpfen

Der vierte Vortragsabend widmete sich dem Thema der Innovationspotenziale. Prof. Dr. Klaus Fichter von der Universität Oldenburg und vom Borderstep Institut für Innovation und Nachhaltigkeit in Berlin sprach zum Thema *Innovationen einer nachhaltigen Wirtschaft*. Nick Beglinger, Direktor der Foundation for Global Sustainability (FFGS) und Präsident des Wirtschaftsverbandes swisscleantech referierte über *Unternehmen für eine nachhaltige Wirtschaft*.

4.1 Innovationen für eine nachhaltige Wirtschaft

Abstract von Prof. Dr. Klaus Fichter, Borderstep Institut für Innovation und Nachhaltigkeit Berlin und Universität Oldenburg:

Trotz einer bereits über zwei Jahrzehnten andauernden Debatte um das Leitbild einer Nachhaltigen Entwicklung sind dessen Prinzipien noch weit von einer breiten Umsetzung in Wirtschaft und Gesellschaft entfernt. So sind z.B. die CO_2-Emissionen aus fossilen Energiequellen weltweit in den letzten 20 Jahren sowohl absolut als auch pro Kopf erheblich angestiegen (WGBU 2011, 133). Eine nachhaltige Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch findet bislang nicht statt. Der WBGU hat aus dem 2°C-Ziel ein Globalbudget von 750 Mrd. t CO_2 für die Menschheit bis 2050 abgeleitet. Bliebe der aktuelle weltweite CO_2-Ausstoß von 30 Mrd. t konstant, wäre das Globalbudget bereits im Jahr 2035 aufgebraucht.

Dabei mangelt es keineswegs an innovativen Technologien und Lösungen, die es ermöglichen würden, wirtschaftliche und soziale Prosperität mit Ressourcen- und Klimaschutz zu verbinden und ‚human well-being‘ und ‚social equity‘ im Rahmen der ökologischen Tragekapazitäten der Erde zu gewährleisten. Das zentrale Dilemma einer erfolgreichen Umsetzung der Prinzipien eines nachhaltigen Wirtschaftens, so der zentrale Ausgangsbefund des Vortrages, besteht darin, dass innovative ressourcen- und klimaschonende Technologien und Nachhaltigkeitslösungen nicht hinreichend schnell und nicht hinreichend breit genug in Wirtschaft und Gesellschaft diffundieren, um die drängenden Nachhaltigkeitsherausforderungen wie z.B. den Klima- und Ressourcenschutz lösen zu können.

Der Vortrag beschäftigt sich mit der Rolle von technischen und sozialen Innovationen im Kontext eines nachhaltigen Wirtschaftens und diskutiert Innovations- und Diffusionspfade, die zu einer ‚Green economy‘ beitragen können.

„Wir leben über unseren Verhältnissen“ und bräuchten momentan eineinhalb Erden, um unseren aktuellen Konsum ohne Umweltdegradation sicherzustellen, fasste Klaus Fichter einleitend die Ausgangsproblematik einer nachhaltigen Wirtschaft zusammen. Die Herausforderung sei deshalb, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit im Rahmen der ökologischen Tragfähigkeit der Erde sicherzustellen. In Anlehnung an die Definition der Grünen Wirtschaft des UNEP (2010: 16) definiert er eine nachhaltige Wirtschaft wie

folgt: „Eine Wirtschaft ist dann nachhaltig, wenn sie zu Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit im Rahmen der ökologischen Tragekapazitäten beiträgt."

Aus seiner Sicht gibt es bereits viele gute Technologien für Nachhaltigkeitslösungen, die sich aber nicht schnell und breit genug in Wirtschaft und Gesellschaft verbreiten würden, um zentrale Nachhaltigkeitsherausforderungen lösen zu können. Dies schliesse nicht aus, dass weiterhin Technikforschung betrieben werde, aber wichtig sei auch zu wissen, weshalb bereits vorhandene Techniken und Lösungen, die zu nachhaltiger Entwicklung beitragen würden, sich nicht durchsetzen können und wie deren Verbreitung gefördert werden könne.

Mit dem Innovationsbegriff geht Klaus Fichter vorsichtig um, denn viele heutige Probleme seien Folgen von Innovationen. Innovationen seien nicht per se gut oder schlecht, sie könnten positive und negative Umweltveränderungen sowie Rebound-effekte zur Folge haben. Deshalb sei es wichtig, eine Innovation immer in Bezug zu den angestrebten Zielen zu setzen und diese erst vor diesem Hintergrund zu beurteilen. Ebenso sei nicht jede Verbesserung eine Innovation. Vielmehr bestehe eine Innovation in der „Entwicklung und *Durchsetzung* einer *neuartigen* Problemlösung, die zu *sprunghaften* Veränderungen führt" (Hervorhebungen durch Referent). Im Bereich der Energieeffizienz beispielsweise seien dies Effizienzgewinne ab 20 oder 30% und nicht solche von wenigen Prozenten. Klaus Fichter geht davon aus, dass die Wirtschaft solche sprunghafte Veränderungen durch neuartige Lösungen (= Innovationen) braucht, damit diese nachhaltig gestaltet werden kann. Entscheidend ist dabei, dass solche Innovationen diffundieren und sich breit durchsetzen und nicht nur ein Nischendasein fristen. Sein zentrales Forschungsinteresse ist, wie Nachhaltigkeitsinnovationen, insbesondere Produkt- und Dienstleistungsinnovationen, diffundierenden und welches hemmende und fördernde Faktoren sind.

Eine Innovation unterscheidet sich damit von einer graduellen Veränderung (= Variation), die meistens den (Routine-) Pfad nur leicht verändern würde. Damit Innovationen, also sprunghafte und nicht nur graduelle Veränderungen, erfolgen, können auch *Exnovationen* wichtig sein, also die Beendigung bisheriger Praktiken/Technologien, die ursprünglich meist auch auf Innovationen beruhen (bspw. Ausstieg aus der Atomkraft, Verbot der Glühbirne). Exnovationen können

Prof. Dr. Klaus Fichter

Anreize für Innovationen und deren Diffusion und damit Entwicklungsschübe erzeugen.

Gemäss Klaus Fichter muss die Bewertung von Nachhaltigkeitsinnovationen stets im Zusammenhang mit den Nutzungssystemen (Systeme und Praktiken der Bedarfsbefriedigung) und der kulturellen Dimension (Entstehung und Ausformung von Bedarfen) erfolgen. Im Sinne von Paech (2004: 352) bringt nur eine Veränderung von Techniken (Produkte, Verfahren, Infrastrukturen) wenig oder nichts, wenn nicht zugleich die Nutzungssysteme und die kulturelle Dimension mitgedacht und allenfalls mitverändert werden.
Damit die Diffusion von Nachhaltigkeitsinnovationen verstanden und gefördert werden kann, sei es wichtig, die wesentlichen Faktoren, welche die Diffusion begünstigen, zu kennen. Dazu führte die Gruppe um Klaus Fichter eine empirische Untersuchung von 100 Nachhaltigkeitsinnovationen durch, so u.a. in den Produktfeldern energieeffiziente Elektrogeräte und Beleuchtung, Bau- und Heiztechnik, Green-IT-Lösungen, Nachwachsende Rohstoffe, Telekommunikation, Mobilität und Bio-Lebensmittel. Die Untersuchungen zeigen, dass sieben Faktoren insgesamt 63% der Diffusionsdynamik der untersuchten Innovationen erklären, nämlich:

- die Marktmacht etablierter Anbieter zu 11.3%,
- politische Push- und Pull-Massnahmen ebenfalls zu 11.3%,
- der Einfluss der Pioniere zu 10.2%,
- die Routinisierbarkeit zu 7.7%,
- der relative Vorteil der Innovation ebenfalls zu 7.7%,
- der Kaufpreis und die Wirtschaftlichkeit zu 7.5% und
- die Durchschaubarkeit zu 7.4%.

Es sind demnach verschiedene Faktoren, welche die Verbreitung von Nachhaltigkeitsinnovationen fördern oder hemmen können, und die sowohl bei der Entwicklung einer Innovation als auch bei der Förderung der Verbreitung einer Innovation beachtet werden sollten.

Am Beispiel des Thin Client (server based computing), welcher gegenüber herkömmlichen Tischcomputern wesentliche Ressourcen- und Umweltvorteile besitzt, führte er aus, welches hemmende Faktoren der Verbreitung sind und wie diese überwunden werden könnten. Zu den hemmenden Faktoren gehören u.a. die im Vergleich zu Tischcomputern niedrigen Margen in der Lieferkette, der deutliche Bedarf zur Änderung von Routinen, der niedrige Kenntnisstand bei Entscheidern und IT-Systemhäusern sowie der geringe Stellenwert im Vertrieb durch etablierte Grossverteiler.

Als sinnvolle Interventionsoptionen der Wirtschaft erachtet Klaus Fichter die aktive Vermarktung durch etablierte Anbieter und die Mitfinanzierung und Kooperation in

Innovationsallianzen wie Green Office Computing. Interventionsoptionen der Politik sind, dass sich der Staat selbst als Anwender engagiert und damit den Markt erweitert, dass Informationen zur Verfügung gestellt und entsprechende Label gefördert werden sowie dass die öffentliche Hand selbst in Innovationsallianzen wie Green Office Computing mitwirkt und solche Initiativen mitfinanziert.

Eine beschleunigte Verbreitung des Thin Client würde alleine in Deutschland die Einsparung eines ganzen Atomkraftwerkes ermöglichen. Ebenso könnten Material, Beschaffungskosten und Stromkosten in grossem Umfang eingespart werden.

Abschliessend stelle Klaus Fichter ausgewählte Ansatzpunkte und Interventionsoptionen zur beschleunigten Diffusion von Nachhaltigkeitsinnovationen vor. Als wesentliche politische Push- und Pull-Massnahmen betrachtet er das Schaffen von Schlüsselereignissen, beispielsweise

- das Schaffen von Anreizen für etablierte Anbieter durch die öffentliche Beschaffung,
- die Entwicklung und Umsetzung von Masterplänen (Förderprogramme),
- die gezielte Förderung „grüner“ bzw. „nachhaltiger“ Gründer/Jungunternehmen sowie
- das Synchronisieren von Innovations- und Exnovationsstrategien.

Nicht die Innovationen per se, sondern die Diffusion der Innovationen und die Förderung der Diffusion der Innovationen sei die grosse Herausforderung, damit eine nachhaltige Wirtschaft entstehen könne.

4.2 Unternehmen für eine nachhaltige Wirtschaft

Nick Beglinger, Direktor der Foundation for Global Sustainability (FFGS) und Präsident von SwissCleantech, referierte über Unternehmen für eine nachhaltige Wirtschaft. Im Folgenden geben wir eine gekürzte Fassung seiner viereinhalbseitigen Zusammenfassung des Referats wieder. Im Anschluss daran ergänzen wir um eine kurze Zusammenfassung weiterer Aussagen.

(…) **Ein neuer Wirtschaftsverband, neuer Impuls am Beispiel Energie**

Energie ist für Wirtschaft, Staat und Gesellschaft ein wichtiges und komplexes Thema – mit langfristigen Entscheidungen und vielseitigen Auswirkungen. Das zeigt sich besonders gut bei der Mobilität oder Raumplanung. Der Wirtschaftsverband swisscleantech, im Dezember 2009 gegründet, hat daher eine Cleantech Energiestrategie entwickelt. Dabei haben wir versucht, gesamtwirtschaftlich zu optimieren und nicht Im Sinne einer Industrie-Lobby für partikuläre Interessen zu agieren. Bestehende Wirtschafts-interessen, hauptsächlich gebündelt durch den Dachverband economiesuisse, beeinflussen die Politik in wichtigen Sachfragen wie dem Energie- und Klima/CO_2-Gesetz. Als Antwort darauf bietet swisscleantech eine alternative Form der Kräftebündelung und Organisation der Schweizer Wirtschaft, eine neue Positionierung und neue Form der 'Einflussnahme' an. Als Wirtschaftsverband setzen wir uns für eine nachhaltige und liberale Wirtschaftspolitik ein, mit dem Ziel, unser Land sowohl ökonomisch als auch ökologisch zu stärken. Denn ein Wirtschaftsverband kann dabei durchaus einen Beitrag leisten. Gerade im Bereich Energie handelt es sich um komplexe System- und Industriezusammenhänge, um schnelle Technologiesprünge. Die Wirtschaft zeigt auf, was bereits heute alles möglich ist. Die Politik braucht diesen Input.

Die Wachstumsfrage

Gerade in der Energiepolitik zeigt sich, dass die ‚Erfolgskriterien' unserer heutigen Wirtschaft durchaus kritisch zu hinterfragen sind. ‚Wachstum' heute heisst mehr Ressourcenverbrauch, mehr Emissionen und andere negativen Einflüsse auf unseren Planeten, mehr Konsum, mehr Quantität als Qualität. Diese Art ‚Wachstum' wird unbedacht allseits weiterhin als ‚positiv' bewertet – obwohl wissenschaftlich erwiesen ist, dass wir in den entwickelten Ländern schon weit über das Konsumniveau hinausgeschossen sind, welches eigentlich unser Glück maximieren würde. Anders als Viele gerade auch in der Occupy Bewegung sind wir nicht der Meinung, dass ‚Wachstum' als Entwicklungsgrundsatz falsch ist. Die Frage ist nur, welche Art des Wachstums und in welcher Form förderlich ist. In den Worten des US Architekten, Unternehmers und Professors William McDonough, haben wir beispielsweise kein ‚Carbon Problem', sondern nur ein ‚Carbon in the right Place Problem'. Er plädiert für eine Kreislaufwirtschaft mit sowohl geschlossenen technischen Zyklen (Stoffkreisläufe) wie auch geschlossenen biologischen Zyklen (100% biologisch abbaubar). Eine solche Wirtschaft könnte durchaus nachhaltig wachsen. Ich bin daher der Meinung, dass nicht eine ‚Revolution des Systems' sondern eine klare Richtungsänderung als Teil des bewährten Grundsystems unser aller beste Option darstellt um die anstehenden Probleme so schnell als möglich sauber zu lösen.

Cleantech – Nachhaltige Marktwirtschaft

Diese Richtungsänderung bezeichnen wir als ‚nachhaltige Marktwirtschaft'. Und wir definieren Cleantech nicht als Gruppe von spezifischen Industrien, sondern als ‚nachhaltiges Wirtschaften' – als Qualitätsfaktor in Sachen Ressourceneffizienz und Emissionen, welcher sich in allen Industriebereichen, und auf jeder Stufe der Wertschöpfungskette, einwirken kann. Wir sehen das als eine wirtschaftspolitische Stossrichtung, die unabhängig vom gängigen Links/Rechts Schema angegangen werden muss. Für uns ist die nachhaltige Marktwirtschaft eine Antwort auf den Neoliberalismus – und auf die Tatsache, dass (i) endlich etwas geschehen muss und (ii) die Wirtschaft dabei eine massgebliche Rolle zu spielen hat. Im Grundsatz geht es darum, dass sowohl Wirtschaft wie auch Gesellschaft erkennen müssen, dass kein Weg an Nachhaltigkeit vorbeiführt. Daher ist es Aufgabe der Gesellschaft, von der Politik diejenigen Rahmenbedingungen zu fordern, die langfristig eine nachhaltige Entwicklung sicherstellen. Für die Wirtschaft heisst das: Ein regulativer Rahmen ist nicht per se zu bekämpfen, wie das neoliberale Denken fordert. Die Wirtschaft soll einen schlanken Rahmen akzeptieren und sich für dessen Erarbeitung aktiv einbringen. Damit stellt sie sicher, dass der Rahmen transparent und wirtschaftstauglich ausgestaltet wird. Die nachhaltige Markwirtschaft ist auch ein liberales System – eines, indem der Liberalismus aber auf die Zeitachse gelegt wird, also eines, indem wir heute und morgen liberal wirtschaften können. Dieser Ansatz basiert grundsätzlich auf Marktwirtschaft, ein Ansatz jedoch, der klare Ziele und Regeln in Sachen Nachhaltigkeit auferlegt. Das hat nichts mit Subventionen zu tun – sondern mit Vollkostenrechnung. Der Rahmen muss die Vollkosten all unserer Aktivitäten berücksichtigen und bewerten. Richtig implementiert, belohnt der Rahmen somit Nachhaltigkeit systematisch, als Teil der Marktwirtschaft. Richtig implementiert, braucht es dann keine Subventionen mehr. Doch bis das der Fall sein wird, sind Einspeisevergütungen oder Lenkungsabgaben zu befürworten. Global gesehen sind wir noch weit von einem konsequenten Vollkosten-Rahmen entfernt – Fossile Energien erhalten rund neunmal mehr Subventionen als Erneuerbare.

Implementierbar

Ist die Wirtschaft bereit für die nachhaltige Marktwirtschaft? Wir denken schon. Das zeigt sich an unserem Mitgliederzuwachs, an den jüngsten Wahlresultaten der Schweiz, und wird auch auf breiterer Basis klar. Ein Beispiel aus jüngster Vergangenheit zeigt dies sehr deutlich: Das ‚2011 Global Investor Statement on Climate Change'. Bezugnehmend auf die neusten Zahlen der Internationalen Energieagentur (IEA) äussern sich in diesem Statement 285 institutionelle Investoren, die gemeinsam Assets von mehr als USD 20'000 Milliarden vertreten, wie folgt: "Private investment will only follow at the scale and pace necessary if it is supported by clear, credible and long-term policy frameworks that incentivise investments in low-carbon technologies rather than continuing to favour carbon-intensive energy sources".

Der heutige Schweizer Energiekontext

Bei der Energie zeigt sich die heutige Schieflage besonders klar, auch in der Schweiz. Wir sind hochgradig (80%) abhängig von geopolitisch schwierigem Ausland, geben viel Geld für Energie aus – jedoch mit unbefriedigender Wertschöpfung im Prozess, stossen massiv zu viel CO_2 aus, und laden uns auch nukleare Risiken auf, welche für Dutzende von Generationen nach uns zu gefährlichen Altlasten führen. Und es steht nicht nur in den Sternen geschrieben: CO_2 wird weltweit zu einem Kostenfaktor. Nukleartechnologie,

zumindest der heutigen Generation, wird durch die steigenden Sicherheitsauflagen immer teurer. Im Gegensatz dazu werden immer mehr Effizienzmassnahmen möglich, die Erneuerbaren immer günstiger und besser, die Netzwerk und Speichertechnologie immer intelligenter.

Energiestrategie: Machbar und wirtschaftlich attraktiv

Um aus dem heutigen Kontext eine realistische Zukunftsstrategie zu entwickeln, hat swisscleantech über die vergangenen 6 Monate ein Energiemodell erstellt – in Zusammenarbeit mit unseren Mitgliederunternehmen und ca. 60 Experten aus Wissenschaft und Politik. Wir haben vorab eine Bedarfsentwicklung erstellt, basierend auf einer Entwicklung mit hohem Wohlstand und unter Berücksichtigung von weiteren Faktoren wie Bevölkerungszuwanderung. Daraus ergab sich klar, dass in allen Bereichen der Energienutzung, der Bedarf nach ‚Energiedienstleistungen' (also die Bereitstellung der Energie, die es braucht um z.B. einen Quadratmeter Wohnfläche zu beheizen) von 2010 bis 2050 klar steigen wird (20-40%, je nach Bereich). In der Folge haben wir die verschiedenen Bereiche bezüglich Effizienzpotential untersucht. Es hat sich herausgestellt, dass zwar der Bedarf an Energiedienstleistung steigt, es jedoch noch weit bedeutendere Effizienzpotentiale in den einzelnen Bereichen gibt. Das heisst, beispielsweise, dass wir zwar 20% mehr Wohnflächen beheizen müssen, wir dies jedoch über 60% effizienter machen können – per Saldo also den Energiedienstleistungsbedarf mit bedeutend weniger Gesamtenergie-Input bereitstellen können. Für die Energie, die wir netto noch brauchen werden, haben wir dann einen Energiemix eruiert, der mit geringsten Kosten aber grösstem Nutzen für Wirtschaft und Gesellschaft eine Reihe von klar definierten Zielen erfüllt. Hauptsächlich handelt es sich bei diesen Zielen um die CO_2-Reduktion, (basierend auf 1990, 85% bis 2050 unter Einhaltung der IPCC 2-Grad Zielvorlage), die Verbesserung des Eigenversorgungsgrads (von heute ca. 20% auf über 75% bis 2050) und die Erhöhung des Anteil Erneuerbarer Energien (von heute ca. 25% auf 75% bis 2050). Es zeigt sich klar, dass eine Schweizer Energiewende mit zukunftsfähigen Zielwerten erstens technisch umsetzbar ist und zweitens durchaus auch wirtschaftlich attraktiv sein kann. Einfach ausgedrückt: Wir investieren unser Geld künftig nicht mehr in Bereiche, die laufend teurer werden, sondern in solche, die günstiger werden, lokal sind und international schnell wachsende Märkte darstellen.

Viele Beispiele

An Beweisen, dass es klappt, fehlt es der Wirtschaft nicht. Denken Sie an die Glühbirnen (ein Ersatz durch LED spart 90% Energie und bringt weitere Qualitätsfaktoren mit sich). Denken sie an die Photovoltaik, die alleine im 2010 einen Preisrückgang von 20-40%, je nach Panel-Typus, erlebt hat. Zurzeit mein Lieblingsbeispiel ist Rolic: Die Basler Firma hat nach acht Jahren harter Grundlagenarbeit 2009 Sharp als Kunde gewonnen und ihre Technologie seither in über 13 Millionen Sharp LCD Monitore in Anwendung gebracht. Dabei handelt es sich um eine Nano-Schicht von 1/1000 des Durchmessers eines menschlichen Haares. Diese dünne Schicht richtet die LCD 'Crystals' optimal aus und führt so zu einer Energieeinsparung des gesamten Monitors von 20%! Als Teil von swisscleantech haben wir das Privileg, solche und andere technologische und systembezogene Innovationen täglich zu beobachten. Dabei wird erkennbar, was für vielseitige und interessante Lösungen dazu beitragen werden, die Energiewende umzusetzen. Und daraus lässt sich schliessen, dass der Ansatz der nachhaltigen Marktwirtschaft richtig ist. Es geht nicht um einzelne Anreize in bestimmten Branchen, es geht um die systematische Belohnung von Nachhaltigkeit als Teil der

Rahmenbedingungen. Nur so können alle Wirtschaftsbereiche eingeschlossen werden. Denn Innovationen braucht es und gibt es in allen Bereichen.

Vergleichsweise einfach für die Schweiz, eine Vorreiterin

Cleantech bringt Wandel. Verlangt sind neue Denkansätze und neue Strukturen. Für einige direkt Betroffene stehen Veränderungen an. Für die grosse Mehrheit resultieren Qualitätsvorteile, Risikominderungen sowie wirtschaftliche und gesellschaftliche Verbesserung. Dies trifft insbesondere für die Schweiz zu. Als reichstes, wettbewerbsstärkstes und innovativstes Land der Welt (gemäss etlichen, anerkannten Ratings) haben wir nicht nur die Fähigkeit, sondern auch die Pflicht, Vorreiterin zu sein, unser Wissen global einzubringen und uns als Hochpreisinsel mit Cleantech zu differenzieren. Tun wir das konsequent, dann positionieren wir die Schweiz als Vorreiterin in Sachen Cleantech, inklusive Energie. Wir eröffnen uns so neue Märkte. Nebst all diesen allgemeinen und weiteren sachspezifischen Qualitäten profitiert die Schweiz auch durch ihr bestehendes Image als sauberes Land mit hoher Qualität der Dienstleistungen und Produkte. Cleantech passt zur Schweiz. Damit die Schweiz auch richtig zu Cleantech passt, braucht es eine glaubwürdige nationale Politik, und aktives internationales Einbringen.

Bottom Line: Enkeltauglich

(…) Ohne einen Richtungswechsel zu einer nachhaltigen Marktwirtschaft mit Vollkostenrechnung werden wir uns weiterhin nicht-nachhaltig entwickeln – und somit den kommenden Generationen, angefangen mit unseren eigenen Enkeln, unnötige Altlasten überlassen. Da Nachhaltigkeit weltweit einen zunehmend wichtigen Wettbewerbsfaktor darstellt, kann jedoch insbesondere die Schweiz von einer Neuausrichtung, wie z.B. von der Energiewende, auch wirtschaftlich profitieren. Jetzt ist es wichtig, dass dafür die Kräfte der ‚Cleantech-Wirtschaft' eingesetzt werden können und eine Cleantech Energiestrategie umgesetzt werden kann. Nicht über das ‚Ob' sondern das ‚Wie' ist jetzt zu diskutieren – denn es ist nicht einfach, den Rahmen richtig, d.h. nachhaltig und liberal, zu gestalten. Es braucht dafür die Unterstützung der Wirtschaft. Unnütze Lobby-Begriffe aus neoliberaler Seite wie ‚Stromlücke', ‚neue Erneuerbare Energien', oder ‚Technologieverbot' sollten wir streichen. Es gilt gemeinsam zu erkennen, dass der Markt allein die langfristigen Interessen der Gesellschaft unzureichend berücksichtigt, Information nicht perfekt fliesst, Marktakteure nicht nur rational entscheiden und oft leider nur auf kurze Frist optimieren. Können wir uns von der ‚Ob'-Debatte lösen, wird nützliche Politik nicht weiterhin mit einer ‚zuwenig-liberal-Ideologie' seitens Wirtschaft im Keim erstickt. Eine nachhaltige Marktwirtschaft, angefangen mit der Schweiz, wird Realität. Ich denke, dass das möglich ist. Die Trends und Ereignisse, tragische Katastrophen eingeschlossen, werden uns weiterhin die Notwendigkeit für nachhaltiges Wirtschaften vor Augen halten. Schaffen wir den Wandel, in der Energie und darüber hinaus, so machen wir uns fit für die Zukunft. Eine saubere und enkeltaugliche Zukunft. Nachhaltig und liberal.

Nick Beglinger

Als weitere Punkte betonte Nick Beglinger:

- Die Rahmenbedingungen der freien Marktwirtschaft seien so zu gestalten, dass sich Effizienz und Innovationen der Unternehmen für eine nachhaltige Wirtschaft lohnen würden.
- Wie in der Theorie vorgesehen, müssten Externalitäten aller Art in die Preise integriert werden, damit der Markt spielen könnte und weitere Regulationen überflüssig würden.
- Es sei an der Zeit, dass nicht mehr länger auf freiwilliges Handeln der Unternehmen gewartet würde, sondern dass allen Unternehmen gleiche Rahmenbedingungen gesetzt würden.

Die nachhaltige Wirtschaft, die schon 1992 von Stephan Schmidheiny propagiert worden sei, müsse in der Schweiz endlich als Chance wahrgenommen werden, insbesondere auch innerhalb der Wirtschaft.

4.3 Diskussion

Auf die Frage aus dem Publikum, ob soziale und kulturelle Aspekte in den beiden Präsentationen nicht zu knapp bemessen oder vernachlässigt worden seien, führten die beiden Referenten aus, dass diese nicht im Fokus ihrer Ausführungen gestanden hätten, aber unumgänglich mitgedacht werden müssten. Im Gegenteil sei es wichtig, vermehrt auch kulturelle Aspekte wie Konsumgewohnheiten und Reiseverhalten zu thematisieren, in Frage zu stellen und auch konkret auszusprechen, dass gewisse Dinge wie Wochenend-Shopping per Flugzeug aus der Schweiz ins Ausland aufgrund von überbilligten Angeboten schlicht unanständig und unentschuldbar seien. Mit marktwirtschaftsverträglichen ökonomischen Instrumenten sollten solche falsche Anreize aufgrund nicht kostendeckender Preise unbedingt verhindert werden.

Beide Referenten waren sich auch einig, dass insbesondere Subventionssysteme, die mit Nachhaltigkeit nicht konform sind, umgebaut werden sollten, so etwa die Subventionierung fossiler Energien oder der Fischerei. Die Subventionssysteme und allgemein die Rahmenbedingungen müssten so umgebaut werden, dass sich nachhaltiges Wirtschaften lohnen würde und nicht-nachhaltiges Verhalten nicht gefördert bzw. gehemmt würden. Insgesamt ginge es nicht darum, mehr Eingriffe in die Marktwirtschaft vorzunehmen, sondern bei wenigen wichtigen Rahmenbedingungen anzusetzen, damit nicht überall im Detail reguliert werden müsse. Für die Unternehmen seien nicht primär

Preise, sondern Planungssicherheit und damit klare und auf die Zukunft ausgerichtete stabile Rahmenbedingungen von zentraler Bedeutung.

Als konkrete Massnahme nannten beide Referenten Förderprogramme für Jungunternehmen und Unternehmensgründungen, welche im Sinne der nachhaltigen Entwicklung forschen, entwickeln und produzieren. Nick Beglinger ergänzte, dass er auch die Chance des erneuten Versuchs, die ökologische Steuerreform in der Schweiz einzuführen, als intakt betrachte. Genau solche Instrumente brauche es, um wirkliche Veränderungen herbeizuführen.

5. Podiumsdiskussion: Botschaften / Anregungen für Rio2012 – Wie ist eine national und global nachhaltige Wirtschaft erreichbar?

An der von Markus Mugglin, Leiter Echo der Zeit, Radio DRS, geleiteten Podiumsdiskussion nahmen Teil:

- René Longet, Experte für Nachhaltige Entwicklung
- Prof. Dr., Hansruedi Müller, Forschungsinstitut für Freizeit und Tourismus (FIF), Universität Bern
- Urs Näf, Verband der Schweizer Unternehmen economiesuisse
- Corrado Pardini, Gewerkschaft UNiA
- Daniel Ziegerer, Bundesamt für Umwelt (BAFU), Abteilung Internationales

Die Podiumsteilnehmer v.l.n.r.: C. Pardini, R. Longet, H. Müller, M. Mugglin, D. Ziegerer, U. Näf

5.1 „Wo stehen wir 20 Jahre nach der Rio-Konferenz von 1992?“

Markus Mugglin eröffnete die Einstiegsrunde in die Podiumsdiskussion mit der titelgebenden Frage: „Wo stehen wir 20 Jahre nach der Rio-Konferenz von 1992?“

Aus der Sicht von Urs Näf (economiesuisse) nimmt die Schweiz mit einigen nordeuropäischen Ländern 20 Jahre nach Rio1992 im internationalen Vergleich eine Spitzenposition ein. Sie hat ein hohes Wohlstandsniveau erreicht und gleichzeitig den Materialdurchsatz und -verbrauch auf einem tiefen Niveau halten können. Trotzdem dürfe sich die Schweiz nicht auf den Lorbeeren ausruhen, denn Nachhaltigkeit sei ein globales Thema, und es gäbe weiterhin viele unerledigte Aufgaben.

Corrado Pardini (UNiA) stimmt zu, dass die Schweiz bei gewissen Themen durchaus gut dasteht. Sie könnte seiner Ansicht nach jedoch weit besser dastehen. Beispielsweise sei Hunger in der Welt weiterhin weit verbreitet. Die Schweiz als reiches Land könnte in der Entwicklungszusammenarbeit weit mehr leisten, als sie heute tut. Aus seiner Sicht sollte die Frage der nachhaltigen Entwicklung viel stärker in die Aussenpolitik eingebunden

werden. Auch bezüglich der Umwelt könne sich die Schweiz nicht als Musterschülerin bezeichnen, denn sie habe beispielsweise trotz dem Reaktorunfall in Tschernobyl weiterhin auf Kernenergie gesetzt und erst mit dem erneuten Unfall in Fukushima eine Abkehr von der Atomenergie eingeleitet. Die Schweiz verfüge zwar über Ressourcen, um vorbildlich zu handeln, sie habe angesichts ihres Handlungspotenzials bisher aber zu wenig getan.

Hansruedi Müller (Universität Bern) nimmt diesen Gedanken, dass die Schweiz seit Rio1992 zwar einiges erreicht habe, jedoch viel mehr hätte tun können, auf und führt ihn am Beispiel des Tourismus weiter. Sowohl das Reiseverhalten der Schweizerinnen und Schweizer als auch die Angebotsgestaltung würden dem Wissensstand weit hinterher hinken. Das Thema der Nachhaltigkeit sei zwar im Tourismus angekommen, das Handeln der Akteure entspräche jedoch bei weitem nicht dem Wissensstand.

René Longet (Experte Nachhaltige Entwicklung) führt aus, dass insbesondere im technischen Umweltschutz durchaus einiges erreicht worden sei, beispielsweise bezüglich Luftverschmutzung. Aus globaler Sicht sähe dies jedoch anders aus: Der ökologische Fussabdruck und der Ressourcenverbrauch der Schweiz seien weiterhin viel zu hoch. Ebenso sei der Bodenverbrauch trotz mehr als 30 Jahren Raumplanungserfahrung weiterhin zu gross und wichtige Fragen wie diejenigen bezüglich Biodiversitätsverlust, Energieverbrauch, Atomenergieausstieg und Klimawandel seien nicht annähernd gelöst. René Longet warnt zudem davor, nachhaltige Entwicklung auf die Umweltdimension zu reduzieren und erläutert, dass die Grundidee nachhaltiger Entwicklung eine gesellschaftliche Entwicklung ist, welche ermögliche, soziale Entwicklung im Rahmen bestehender natürlicher Ressourcenverfügbarkeit umzusetzen. Und gerade bezüglich sozialer Fragen in globaler Perspektive seien die Herausforderungen weiterhin immens. Er betont, dass nachhaltige Entwicklung insbesondere daran gemessen werden soll, was aus globaler Sicht erreicht werde.

Daniel Ziegerer (BAFU) erläutert, dass es sehr schwierig sei, über die gesamte Breite der Themen, die mit nachhaltiger Entwicklung verknüpft sind, eine Bilanz zu ziehen, denn von der nachhaltigen Entwicklung seien sehr verschiedene Gesellschafts- und Politikbereiche betroffen, in denen je unterschiedliche Entwicklungen stattgefunden hätten. Schon im Umweltbereich sei die Bilanz differenziert zu betrachten. Teils seien wirksame Instrumentarien entwickelt worden, teils würden diese noch fehlen. So seien in der Schweiz u.a. bezüglich Qualität der Gewässer, Luftschadstoffbelastung und Chemikalien sowie international bezüglich des Schutzes der Ozonschicht Erfolge erzielt worden. Dagegen seien der ökologische Fussabdruck der Schweiz zu hoch, der Siedlungsdruck weiter vorhanden und die Klimafrage weiterhin ungelöst. Entsprechend falle die Bilanz je nach Bereich, der betrachtet würde, unterschiedlich aus. Die Gesellschaftsform, die im Sinne des Brundtland-Berichts über Generationen hinweg bestehen könne, wurde aus seiner Sicht noch nicht gefunden.

Hansruedi Müller ergänzte, dass die Probleme in der wirtschaftlichen Dimension wie die internationalen Finanz- und Verschuldungskrisen nicht vergessen werden dürften.

Aus den Einstiegsvoten zog Markus Mugglin die Folgerung, dass die Bilanz durchzogen sei. Gewissen Fortschritten stünden 20 Jahre nach Rio1992 viele offene Fragen und Herausforderungen gegenüber.

5.2 „Klima – Wie steht die Schweiz da? Hat sie ihre Ziele erreicht?"

Die von Markus Mugglin gestellte Vertiefungsfrage, wie denn die Schweiz bezüglich der Klimafrage dastünde, wurde von Urs Näf mit Bezug auf die Kyoto-Ziele kurz mit ‚gut' bezeichnet. Diese Einschätzung wurde in den nachfolgenden Voten nicht in Frage gestellt. Für Urs Näf ist jedoch die Herausforderung, wie es nach Auslaufen des Kyoto-Protokolls weitergeht, viel entscheidender, weil das Handeln vieler Staaten von der Nachfolge-Lösung abhängen würde. Bei einem Scheitern einer Nachfolge-Lösung besteht aus seiner Sicht die Gefahr, dass bewährte Instrumente wie der Clean Development Mechanism (CDM), welcher zu massiven Investitionen in saubere Technologien in Entwicklungsländern geführt hat, nicht weiter geführt würden. Obwohl solche Instrumente aus kritischer Sicht auch als ‚Ablasshandel' bezeichnet würden (weil reiche Länder im Ausland durchgeführte Massnahmen auf relativ billige Weise an das eigene CO_2-Emissionsbudget anrechnen können), sei ein Verzicht auf solche Instrumente auch aus Sicht der Entwicklungsländer als Rückschritt einzustufen. Aus Sicht von Urs Näf besteht die Gefahr, dass nach Auslaufen des Kyoto-Protokolls die Anstrengungen im Klimaschutz gefährdet sind.

René Longet ergänzt die aus seiner Sicht wichtige Bedeutung des gleichzeitigen Handelns im In- wie im Ausland. Er stellt fest, dass die ‚Klimaskeptiker' und ‚Verhinderer' einer globalen Lösung in den letzten Jahren Auftrieb erhalten hätten, womit eine Nachfolge-Lösung für das Kyoto-Protokoll schwieriger geworden sei. Mit Bezug auf die Tourismus-Branche fügt Hansruedi Müller an, dass innerhalb der Branche zwar ein gewisses Klima-Bewusstsein vorhanden sei, beispielsweise wenn es um die Schneesicherheit, das Abschmelzen der Gletscher oder um die Bedeutung der Gletscher für die Wasserversorgung gehe. Sobald jedoch wirtschaftliche Fragen im Vordergrund stünden, sei Widersprüchliches festzustellen: immer entferntere Märkte (China, Indien) würden beworben und Touristen von immer weiter her transportiert. Gerade der Tourismussektor, der nicht in das Kyoto-Protokoll einbezogen wurde, sei bezüglich des Klimawandels einer der grossen Problemsektoren, der voraussichtlich schon in wenigen Jahren rund 10% des weltweiten CO_2-Ausstosses verursachen wird. Hansruedi Müller betonte, dass gerade im Tourismus und im Flugverkehr internationale Regeln unumgänglich seien, um Fortschritte bei der Reduktion des CO_2-Ausstosses erzielen zu können. Gelinge dies nicht, würden gewisse Orte in Zukunft einfach um- oder überflogen.

5.3 Grundsätzliche Kritik am wirtschaftlichen System

Für Corrado Pardini ist, um solche Fragen nach der Lösung globaler Probleme zu behandeln, die Diskussion zu öffnen und der Gegenstand der Betrachtung breiter zu fassen. Aus seiner Sicht sind im Wirtschaftssystem grundsätzliche Widersprüche angelegt, die auch grundsätzlich anzugehen seien. Das Wirtschaftssystem sei an seine Grenzen gelangt, weshalb dieses neu gedacht werden müsse („Wem soll dieses System dienen?“). Die Systemkrankheiten (u.a. Profitmaximierung, Finanzspekulationen) seien zu eliminieren. Denn wenn nur immer einzelne Probleme thematisiert würden, schienen Lösungen zwar denkbar, die dann aber doch an grundsätzlichen Hemmnissen scheitern würden. Er geht davon aus, dass alle Podiumsteilnehmer eine ökologische und soziale bzw. eine ökosoziale Marktwirtschaft gutheissen würden (wogegen niemand widerspricht), und dazu sei auch ein sozialer und ökologischer Umbau der Wirtschaft notwendig. Auf Nachfrage von Markus Mugglin nach konkreten Ansatzpunkten nennt er die Verwendung der Pensionskassengelder für ökologische und soziale Projekte und Unternehmen (anstatt zur Finanzierung nicht nachhaltiger Firmen) sowie die Besteuerung von Finanz-Transaktionen und die Re-Investition dieser Gelder in ökosoziale Projekte.

Urs Näf ist zwar damit einverstanden, dass Probleme auch grundsätzlich diskutiert werden. Er warnt jedoch vor Alleingängen. Die Schweiz als kleine und offene Volkswirtschaft mit relativ starker Umverteilung der Einkommen könne bei vielen Lösungen nicht alleine vorangehen, da ansonsten sehr schnell negative Konsequenzen zu spüren wären (bspw. bei einer Besteuerung von Finanz-Transaktionen in der Schweiz würden solche Geschäfte einfach ins Ausland verlegt). Es sei gefährlich, wenn die Schweiz die Regeln für sich alleine neu schreibe. Aus seiner Sicht müssen globale Probleme global gelöst werden, damit die Wirtschaft und alle Unternehmen weltweit im internationalen Markt „gleich lange Spiesse“ hätten.

Hansruedi Müller ergänzt, dass es zwar reizvoll sei, den grossen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft theoretisch durchzudenken, wozu er Beispiele aus den 1970er-Jahren anführte, die jedoch schlicht zu nichts geführt hätten. Mit Theorien alleine würde das System noch nicht verändert. Mit Bezug auf die Tourismus-Branche und insbesondere die Reiseanbieter erläutert er Möglichkeiten, wie innerhalb des Systems ganz konkrete Verbesserungen erwirkt werden können. Dazu führt er u.a. das Beispiel der über längere Zeit breit erarbeiteten und deshalb auch breit abgestützten ISO-Norm 26000 an. Diese Norm sei zwar keine zertifizierbare Management-System-Norm, sondern ‚nur‘ ein selbstverpflichtender Leitfaden, der jedoch immerhin dazu führe, dass die Unternehmen wichtige Kernthemen (Organisationsführung, Menschenrechte, Arbeitspraktiken, Umwelt, Betriebs- und Geschäftspraktiken, Konsumentenanliegen, Einbindung und Entwicklung der Gemeinschaft) auf höchster Ebene innerhalb der Branche und Unternehmen diskutieren und berücksichtigen. Über die Informationsgewinnung und

Berichterstattung würden Unternehmen auf Lücken aufmerksam gemacht, so dass sie selbst Verbesserungen erwirken können. Eine durchgeführte Untersuchung zeige, dass Reiseanbieter (u.a. Kuoni) aufgrund solcher eigener Massnahmen im Vergleich zu anderen Anbietern ihre Aufgaben erfüllen würden, andere dagegen weniger (u.a. Globetrotter, Hotelplan). Das Aufzeigen von Lücken sei für die Anbieter eine Möglichkeit, sich in den jeweiligen Bereichen zu verbessern. Hansruedi Müller sieht gerade darin einen wichtigen Beitrag der Forschung an eine nachhaltige Wirtschaft, indem gute Beispiele und Lücken aufgezeigt und Transparenz hergestellt werden, damit sich die Unternehmen verbessern können.

5.4 Freiwilliges Handeln oder staatliches Regulieren?

Die Frage an René Longet, ob freiwilliges Handeln (u.a. Labels, Selbstverpflichtungen) aus seiner Sicht ausreichen würde, verneinte dieser vehement. Freiwilligkeit führe schnell zu Beliebigkeit – schliesslich würden wir auch nicht freiwillig am Rotlicht halten, Steuern bezahlen und zur Arbeit gehen. Aus seiner Sicht können die grösseren Probleme nur durch stärkere Regulierungen gelöst werden, und dazu hätte die Schweiz mehr Möglichkeiten, als Urs Näf beschrieben habe. Die Schweiz könne sich durchaus noch stärker in den internationalen Verhandlungen einbringen und für stärkere Regeln einstehen, auch wenn sie sich aus seiner Sicht schon recht stark international engagiert.

Für Daniel Ziegerer ist die Frage (Freiwilligkeit oder Regulierung?) falsch gestellt. Aus seiner Sicht geht es um die Kunst, die richtige Balance zwischen Freiwilligkeit und Regulierung zu finden. Auf Nachfrage von Markus Mugglin erläutert er, dass der Bundesrat das Cleantech-Programm (als Regulierung) gestartet habe, um einen Beitrag an die Verringerung des Rückstandes der Schweizer Cleantech-Branche im Vergleich zum Ausland zu leisten. Der Bundesrat möchte damit bessere Rahmenbedingungen für eine grünere bzw. nachhaltigere Wirtschaft schaffen, damit die Wirtschaft mit Innovationen den erst in den letzten Jahren entstandenen Rückstand aufholen könne. Allgemein sei es die Aufgabe der Parlamente, der Verwaltung und des Bundesrats, die Rahmenbedingungen und Regulierungen für eine erfolgreiche Entwicklung zu überprüfen und allenfalls anzupassen.

Für Corrado Pardini ist der Cleantech-Rückstand der Schweizer Wirtschaft im Vergleich zum umliegenden Ausland insbesondere darauf zurückzuführen, dass die Schweiz nicht wie die umliegenden Länder massiv in Cleantech investiert habe. An den technischen Hochschulen würde zwar geforscht und würden innovative Produkte entwickelt, aber diese würden dann im Ausland produziert, obwohl auch die Schweiz ein guter Produktionsstandort sei. Um die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Wirtschaft zu verbessern, schlägt er vor, an der Universität Bern einen Lehrstuhl für nachhaltige Wirtschaft einzurichten, der sich mit Fragen der Förderung einer nachhaltigen Wirtschaft

auseinander setzt und Vorschläge unterbreitet, wie die nachhaltige Wirtschaft gestärkt werden kann.

5.5 Im Zentrum der Anliegen aus dem Publikum: Die Wachstumsfrage

Mehrere Anmerkungen und Fragen aus dem Publikum fokussierten auf das Wachstumsthema und übten implizit oder explizit heftige Kritik am Wachstumsparadigma (u.a.: Weshalb wird weiterhin ein Wachstumsziel von 2% verfolgt, obwohl doch deutlich sei, dass dies nicht nachhaltig und kein globalisierungsfähiges Modell sei?). Andere Äusserungen und Fragen bezogen sich auf den Welthandel (Weshalb fehlen auf der Agenda von Rio2012 Handelsthemen?), die Mobilität (Abkoppelung der Mobilität von CO_2-wirksamen Energien) und die Vorbildfunktion der Schweiz (Wie kann die Schweiz eine Vorbildfunktion einnehmen, wenn sie pro Kopf der Bevölkerung im heutigen Ausmass CO_2 freisetzt?).

Die Fragen aus dem Publikum konnten nur punktuell behandelt werden. Urs Näf, an den die Frage nach dem 2%-Wachstum gerichtet war, entgegnete, dass die Schweiz und Schweizer Unternehmen bezüglich Energie- und Materialeffizienz, Recycling etc. einige Fortschritte zu verzeichnen hätten und erläuterte, dass die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum sowie Material- und Energieverbrauch weiterhin ein prioritäres Ziel sein müsse, auch um die Wirtschaft unabhängiger von der Energie- und Rohstoffversorgung zu gestalten.

Corrado Pardini ergänzte, dass insbesondere auch die Berechnung des Bruttoinlandprodukts überdenkt werden müsse und weitere Kriterien hingezogen werden sollten, um den Wohlstand zu messen. Daran anschliessend erwähnte René Longet, dass Nachhaltigkeitsindikatoren vorhanden seien, welche Entwicklungen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen messen würden. Er riet jedoch davon ab, zu stark auf die quantitative Wachstumsfrage zu fokussieren, da Wachstum auf ganz unterschiedliche Weise zustande kommen könne. Insbesondere seien die spekulativen Finanzflüsse in die Pflicht zu nehmen und so zu lenken, dass sie auch bei den Menschen ankommen.

5.6 Erwartungen an Rio2012?

Auf die Abschlussfrage von Markus Mugglin, welches die Erwartungen und Hoffnungen der Podiumsteilnehmer bezüglich Rio2012 seien, stuften diese die Hoffnungen als weit höher ein als die Erwartungen.

Hansruedi Müller verbindet mit Rio2012 aufgrund der Erfahrungen mit internationalen Konferenzen in den letzten Jahren wenige Erwartungen, jedoch die Hoffnung, dass insbesondere über die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch diskutiert wird und Lösungen gefunden werden, die allenfalls auch strenge Instrumente umfassen. Diese Entkoppelung müsse jedoch absolut (und nicht nur relativ)

erfolgen, und er hofft, dass dieses Thema zum zentralen Thema wird. Denn ein 2%-Wachstum könne auch mit Veredelung, Cleantech, Ressourceneffizienz und ressourcenarmen Dienstleistungen erreicht werden. Wichtig scheint ihm, dass in den jeweiligen Handlungsfeldern im hier und jetzt gehandelt wird, individuell beispielweise beim eigenen Konsumverhalten (Stichwort Suffizienz), in den Arbeitsfeldern und in den Unternehmen.

Corrado Pardini betrachtet die Aussagen von Hansruedi Müller als schönes Schlusswort und streicht hervor, dass es nur eine Erde gibt und die Ressourcen beschränkt seien, was in der Wirtschaft ein anderes als das neoliberale Denken erfordere. Seiner Ansicht nach gehört die neoliberale Doktrin der Vergangenheit an. Er fügte Beispiele aus der Politik an, welche in Richtung eines anderen Denkens weisen würden.

Urs Näf hofft, dass gerade die während des Abends diskutierten Themen auch international und in Rio2012 diskutiert und Fortschritte in diesen Fragen erzielt würden. Jedoch werde oftmals bei solchen Diskussion über weniger wichtige Dinge gestritten. So würden insbesondere auch Themen diskutiert, die in der Schweiz längst als selbstverständlich gelten würden (u.a. gute Regierungsführung, Demokratie).

Daniel Ziegerer äusserte die Hoffnung, dass die von der Schweiz im Vorbereitungsprozess eingebrachte Green Economy Road Map in Rio2012 aufgenommen wird. Diese zeige auf, wie in nächten 20 Jahren Fortschritte erzielt werden könnten. Darin würden Vorschläge mit spezifischen Zielen für verschiede Sektoren unterbreitet inklusive eines eigentlichen Zeitplans, aber ebenso Vorschläge, wie die internationalen Rahmenbedingungen verbessert und wie eine umfassende Wohlfahrtsmessung eingeführt werden könne. Der Hoffnung stünde jedoch die relativ ernüchternde Aufnahme der Vorschläge entgegen. Aufgrund des Vorbereitungsprozesses in den letzten zwei Jahren und realpolitischer Gegebenheiten seien keine grossen Ergebnisse zu erwarten. Andere Länder würden die vorgeschlagene Green Economy Road Map nämlich als äusserst ambitioniert betrachten, so beispielsweise den Vorschlag, dass *gemeinsame* Ziele festgelegt werden sollen (und nicht jedes Land alleine seine eigenen Ziele festlegt).

Markus Mugglin schliesst die Podiumsdiskussion mit der Hoffnung ab, dass die geführten Diskussionen in Verwaltung, Parteien, Verbänden und Wissenschaft offen und fruchtbar weitergeführt werden, damit Lösungen der globalen Probleme näher rücken.

6. Fazit – Zugänge zu einer nachhaltigen Wirtschaft

Nachfolgend fassen wir aus unserer Sicht wichtige Ergebnisse der fünf Vortragsabende kommentierend zusammen.

Es zeigte sich, dass die Diskussion um nachhaltige Entwicklung und die Gestaltung einer nachhaltigen Wirtschaft bei wichtigen Akteuren der Wirtschaft angekommen ist. In den letzten beiden Jahrzehnten wurden Initiativen gestartet, Instrumente entwickelt, Massnahmen ergriffen, Erfahrungen gesammelt und ausgewertet. Festgestellt werden kann ein weitgehender Konsens darüber, dass manche Fortschritte erzielt wurden. Jedoch besteht ebenso ein weitgehender Konsens darüber, dass mit den bisherigen Instrumenten und Massnahmen die wesentlichen globalen Probleme weder gelöst wurden noch zukünftig gelöst werden können. Die ersten zwanzig Jahre nach Rio1992 führten insgesamt nur zu *relativen* Fortschritten, so etwa in den Bereichen Material- und Energieeffizienz und im technischen Umweltschutz. Globale Probleme wie weiter zunehmender Material- und Energieverbrauch, CO_2-Ausstoss, Armut und Hunger harren weiterhin einer Lösung. Auch wenn die Schweiz im internationalen Vergleich teils gut dasteht, sei sie deswegen keine Musterschülerin, da sie in verschiedenen Bereichen angesichts ihrer Mittel mehr hätte tun können, so u.a. bezüglich Ressourcenverbrauch (z.B. gemessen am ökologischen Fussabdruck), CO_2-Ausstoss, Zersiedelung, Mobilität, Raumplanung, Tourismus, Reiseverhalten und Entwicklungszusammenarbeit, argumentierten mehrere Vortragende.

Andere wiederum argumentierten, dass die Schweiz gar nicht grosse Alleingänge unternehmen könne und solle, weil es einerseits aus globaler Sicht wenig Sinn mache (z.B. CO_2-Ausstoss), andererseits sich die Schweiz als Import- und Exportnation keine Alleingänge erlauben dürfe, wenn sie ihre eigene Wirtschaft im globalen Wettbewerb nicht benachteiligen wolle. Ein impliziter Konsens besteht jedoch dahingehend, dass insbesondere *strengere internationale Lösungen* anzustreben sind, ohne dabei die nationalen Anstrengungen und diejenigen einzelner Akteure zu vernachlässigen.

6.1 Akteure und ihre Handlungsmöglichkeiten

An der Gestaltung einer nachhaltigen Wirtschaft sind verschiedene Akteure aufgerufen, sich zu beteiligen, so u.a. die UNO, die WTO, Nationalstaaten, Behörden, Parteien, Unternehmen, Unternehmensverbände, Gewerkschaften, Konsumierende, Konsumentenverbände und Nicht-Regierungsorganisationen. Diese könnten sich einbringen und sich gegenseitige Anreize setzen, sich stärker an der Gestaltung einer nachhaltigen Wirtschaft zu beteiligen. Verschiedene dieser Akteure beteiligen sich jedoch bereits aktiv. Sie ergreifen Initiativen und entwickeln Instrumente, welche ihr Handeln und das Handeln weiterer Akteure mitsteuern. Ein Beispiel: Die UNO stiess mit der Rio1992-Konferenz den Prozess der Gestaltung einer nachhaltigen Wirtschaft an und trug damit

wesentlich zur Verbreitung der Unternehmensberichterstattung bei. Zuerst breitete sich die Umweltberichterstattung aus, aufgrund der damit verbundenen positiven Erfahrungen entstanden weitere Initiativen wie die Global Compact-Initiative und die Nachhaltigkeitsberichterstattung, welche der Öffentlichkeit und den Konsumierenden Einblicke ermöglichen und den Unternehmen wiederum Anreize setzen, sich selbst zu verbessern. Ein anderes Beispiel: aufgrund von Produktinformationen, Labels, Umwelt- und Nachhaltigkeitsberichten der Unternehmen besitzen die Konsumierenden Informationen, die sie für ihre Kaufentscheide heranziehen können. Die Konsumierenden können so durch ihre Nachfrage indirekt die Produktion steuern. Grundsätzlich geht es darum, weitere wichtige Akteure wie beispielsweise die WTO stärker in die Gestaltung einer nachhaltigen Wirtschaft einzubeziehen und weitere Instrumente zu entwickeln, welche die Akteure motivieren, sich für eine nachhaltige Wirtschaft einzusetzen.

Sogenannte weiche oder freiwillige Instrumente und Massnahmen wie Labels, Selbstverpflichtungen und Berichterstattungen sollten nicht gegen harte bzw. strenge Massnahmen wie Verbote und gesetzliche Regelungen ausgespielt werden. Sie können durchaus Wirkungen erzielen, insbesondere können sie als Wegbereiter für allgemeinverbindliche oder weiterreichende Regelungen dienen.

Mehrere Referierende führten aus, dass bei den Akteuren zwar ein Problembewusstsein vorhanden sei, das Handeln jedoch oft stark hinterher hinken würde. Eine wesentliche Frage ist deshalb, welches die Hemmnisse und fehlenden Anreize für ein entsprechendes Handeln sind, und wie allfällige Hemmnisse überwunden und Anreize gesetzt werden können.

Ähnliches gilt für technische und soziale Innovationen für eine nachhaltige Wirtschaft. Solche sind zwar in vielen Bereichen bereits vorhanden, aber sie diffundieren nicht oder nicht ausreichend stark, so dass sie sich nicht allgemein durchsetzen. Auch hier fragt sich, weshalb diese nicht diffundieren, wie die Hemmnisse überwunden und Diffusionsanreize erzeugt werden können.

Nachhaltige Entwicklung setzt in den Unternehmen bei ihren klassischen Kernbereichen, nämlich dem effizienten und innovativen Handeln, der Substanzerhaltung und der Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung an (u.a. Corporate Social Responsibility, CSR). Mit Managementinstrumenten wie der Umwelt- und Nachhaltigkeitsberichterstattung können sie innerbetriebliche Verbesserungsmöglichkeiten erkennen und entsprechende Massnahmen einleiten. Sie können damit durchaus zu einer nachhaltigen Wirtschaft beitragen. Grundprobleme wie der globale Klimawandel oder die globale Ressourcenbeschränktheit können auf diese Weise jedoch nicht gelöst werden. Dazu sind weitergehende Massnahmen notwendig, die über umweltökonomische Instrumente hinaus reichen müssen (z.B. ökologische Ökonomie, sozialökologische Marktwirtschaft), betonten mehrere Referierende. Auch Unternehmen brauchten strengere Rahmenbedingungen, wenn sie stärker zu einer nachhaltigen Wirtschaft beitragen sollen.

Ebenso haben die WTO und deren Mitgliedstaaten Möglichkeiten, die nachhaltige Entwicklung im internationalen Handelssystem stärker zu verankern. Das Ziel sollte sein, Produkte, die internationalen sozialen und ökologischen Mindeststandards nicht genügen, im internationalen Handel differenziert behandeln zu können, sie also z.B. mit Importverboten oder Einfuhrzöllen zu belegen, damit für die Produzenten Anreize entstehen, ihre Produktionsmethoden internationalen Standards anzupassen. Dabei sollten insbesondere gegenüber Entwicklungsländern, welche Mühe haben, Mindeststandards einzuhalten, Ausgleichsmassnahmen getroffen werden, damit sie die Standards einhalten und sich am internationalen Handel beteiligen können.

Auch die Wissenschaft (Forschung und Lehre) kann noch stärker an eine nachhaltige Wirtschaft beitragen. Sie kann Erfolgsbeispiele von Unternehmen oder Lücken in der Berichterstattung von Unternehmen aufzeigen und damit die Transparenz bezüglich Produktionsmethoden nach sozialen und ökologischen Kriterien verbessern. Die Universitäten können Lehrstühle für nachhaltige Wirtschaft einrichten, welche sich in Forschung und Lehre für die Gestaltung einer nachhaltigen Wirtschaft einsetzen.

Ebenso können weitere Akteure zu einer nachhaltigen Wirtschaft beitragen, nicht zuletzt die Konsumierenden über ihr Konsumverhalten. Auch Behörden können via das öffentliche Beschaffungswesen eine nachhaltige Wirtschaft fördern. Die weitere Entwicklung der Instrumente sollte insbesondere darauf abzielen, die Akteure zu motivieren, sich in ihrem beruflichen und privaten Handeln für eine nachhaltige Wirtschaft einzusetzen.

6.2 Instrumente

Während der Vortragsreihe wurden verschiedene Instrumente diskutiert. Wichtige Aussagen zu den Instrumenten scheinen uns folgende zu sein.

Umbau bestehender Instrumente

Primär sollten *bestehende* Instrumente, die aus der Sicht einer nachhaltigen Wirtschaft falsche Anreize setzen, umgebaut werden. Genannt wurden u.a. die internationale Subventionierung der Fischerei, welche zur Überfischung der Weltmeere führt sowie die Subventionierung CO_2-wirksamer Energien. Für die Schweiz wurden die Raumplanung der Gemeinden und der Strassenausbau, die zur Zersiedelung und zu Mehrverkehr und damit zu CO_2-Emissionen führten, genannt. Da mit solchen Instrumenten andere wichtige gesellschaftliche Ziele verfolgt werden (u.a. Sicherung von Arbeitsplätzen, Schaffung von Wohnraum, Gewährleistung der Mobilität), ist dieser Instrumente-Umbau jedoch äusserst anspruchsvoll und aufwändig. Doch kann mit dem Umbau bestehender Instrumente womöglich weit mehr erreicht werden als mit der Einführung neuer zusätzlicher Instrumente, welche bestehende falsche Anreize oftmals nur graduell korrigieren.

Freiwillige Instrumente und umweltökonomische Instrumente alleine genügen nicht

Die freiwilligen Instrumente (u.a. Selbstverpflichtungen, Berichterstattungen) sowie die klassischen umweltökonomischen Grundsätze (u.a. Internalisierung externer Kosten) und Instrumente (u.a. Besteuerung CO_2-wirksamer Energien und Ressourcenverbrauch, ökologische Steuerreform) werden als weiterhin wichtig, jedoch grossmehrheitlich als nicht ausreichend betrachtet. Die Unternehmen benötigen weiterreichende und insbesondere im internationalen Kontext gleiche Rahmenbedingungen, damit sie sich am internationalen Markt mit „gleich langen Spiessen“ betätigen können. Dies spricht dafür, dass insbesondere *international strenge Regeln eingeführt werden*, so im Rahmen der internationalen Welthandelsordnung. Grundsätzlich sind entsprechend der Internationalisierung bzw. Globalisierung der Wirtschaft internationale Lösungen zu forcieren, da nationale Lösungen, welche die eigene Wirtschaft behindern könnten, kaum als mehrheitsfähig erscheinen und damit oft nicht umgesetzt werden.

Verschiedene Voten aus dem Publikum sowie Äusserungen der Referierenden und Podiumsteilnehmenden thematisierten die Fragen „weiche versus harte Instrumente?“ und „freiwillige Instrumente versus strenge staatliche Regulierung?“. Insbesondere die Voten aus dem Publikum forderten implizit oder explizit härtere Instrumente und strengere staatliche Regulierungen. Aufgrund der Äusserungen der Referierenden und der Podiumsteilnehmenden scheint folgender Konsens vorhanden zu sein: Weiche und freiwillige Instrumente können das Bewusstsein fördern, Problembereiche aufzeigen, zu einer Veränderung des Handelns führen und damit zur Gestaltung einer nachhaltigen Wirtschaft beitragen. Weiche und freiwillige Instrumente können auch dazu führen, dass – sobald sie eine gewisse Wirkung erzielt haben – harte Instrumente und strenge Regulierungen eingeführt werden. Das Ziel ist demnach, die richtige Balance bzw. das optimale Zusammenwirken dieser Instrumente zu finden.

Instrumente zur Förderung der Diffusion von Innovationen

Mehrmals thematisiert wurde die Bedeutung von Instrumenten, welche die Diffusion von Innovationen fördern. An sich seien bereits viele gute technische und soziale Innovationen vorhanden, die jedoch nicht genügend schnell und breit diffundieren würden. Insbesondere müssten solche Instrumente auch helfen, Hemmnisse der Diffusion von Innovationen zu überwinden. Dabei sollten insbesondere Innovationen gefördert werden, welche nicht nur zu graduellen, sondern zu sprunghaften Veränderungen führen (z.B. Effizienzsteigerung um mindestens 20 oder 30%). Für die Diffusion von Innovationen können dabei insbesondere auch Exnovationen, so die Ausführung von Techniken (das Gegenteil der Einführung von Techniken) und Beendigung von Verfahren, von besonderer Bedeutung sein. Exnovationen würden zu Planungssicherheit für die Akteure führen und diesen Anreize setzen, sich für neue Techniken und Verfahren stark zu machen.

Information, Sensibilisierung, Ausbildung

Und nicht zuletzt wurde die Information, Sensibilisierung, Aus- und Weiterbildung bezüglich der Gestaltung einer nachhaltigen Wirtschaft immer wieder thematisiert. Insbesondere sollten soziale und kulturelle Aspekte der Wirtschaft, beispielsweise Konsumgewohnheiten und Reiseverhalten, stärker thematisiert und in die Gestaltung einer nachhaltigen Wirtschaft einbezogen werden.

6.3 Konzepte und Theorien

Während der Vortragsreihe wurden verschiedene Konzepte und Theorien thematisiert, insbesondere auch die sogenannt „neuen grünen Konzepte“. An diese werden vielfältige Erwartungen geknüpft, u.a. bezüglich Material- und Energieeffizienzsteigerungen, grüner Technologieentwicklung, Technologietransfer, grüner Innovationsförderung, Diffusion von Innovationen, grüner Unternehmensgründungen, Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und Wirtschaftswachstum. Diesen Erwartungen stehen jedoch Vorbehalte gegenüber, nämlich, dass gesamtgesellschaftliche Aspekte (wie nicht nachhaltige Konsummuster und globale Dimensionen wie die Armutsbekämpfung, die Grundbedürfnis-Orientierung, Fragen der Ressourcenverteilung und der Beschränktheit natürlicher Ressourcen und allgemein die planetaren Grenzen der Natur) zu wenig berücksichtigt würden. Insgesamt wird den „neuen grünen Konzepten“ durchaus zugebilligt, dass sie helfen können, gewisse Beiträge an eine nachhaltige, grünere Wirtschaft zu leisten. Aber mit den „neuen grünen Konzepten“ alleine könne die Wirtschaft nicht nachhaltig gestaltet werden.

Über alle Vortragsabende hinweg wurde vielfältige Kritik an den bestehenden wirtschaftlichen Gegebenheiten und am bestehenden Wirtschaftssystem geäussert, die an dieser Stelle nicht wiederholt werden. Als minimal konsensfähige, wesentliche Elemente einer nachhaltigen Wirtschaft, können folgende Elemente gesehen werden:

- Zentral ist die Entkoppelung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcen- und Energieverbrauch. Trotz Effizienzgewinnen ist diese Entkoppelung noch nicht erreicht. Zusätzliche Anstrengungen und strengere Regelungen, die auch zu einem absoluten (und nicht nur relativen Rückgang) des Ressourcenverbrauchs führen, werden grossmehrheitlich als zwingend notwendig betrachtet.
- Effizienzsteigerungen alleine genügen jedoch kaum, beispielsweise bei den CO_2-wirksamen Energien (u.a. Flugverkehr, private Mobilität). Die Frage nach Suffizienz und (Selbst-)Beschränkung ist zumindest in speziell ressourcenintensiven Sektoren zwingend zu diskutieren.
- Gewisse Auswüchse im Wirtschaftssystem (u.a. spekulative Finanzflüsse) sind zu unterbinden.

- Eine nachhaltige Wirtschaft benötigt eine spezielle Wohlstandsmessung, beispielsweise mit Nachhaltigkeitsindikatoren, so dass die Fokussierung auf das Wirtschaftswachstum überwunden werden kann.

Es wurden verschiedene theoretische Alternativen zum bestehenden Wirtschaftssystem vorgeschlagen (u.a. zirkuläre Ökonomie, human-ökologische Wirtschaftsdemokratie, sozialökologische Wirtschaft). Als ein gewisser Konsens kristallisierte sich heraus, dass eine nachhaltige Wirtschaft zugleich ökologisch, sozial und marktwirtschaftlich ausgerichtet sein soll. Aufgrund der Vortragsreihe scheint also die *ökosoziale Marktwirtschaft die konsensfähige Wirtschaftsform einer nachhaltigen Wirtschaft* zu sein.

Eine solche ökosoziale Marktwirtschaft ist liberal ausgerichtet, setzt auf den Markt und die Marktsteuerung als Ordnungsprinzipien und geht davon aus, dass sich Marktmechanismen, Selbstregulierungen und staatliche Regulierungen so ergänzen, dass die Wirtschaft zur Erreichung der Ziele nachhaltiger Entwicklung wesentlich beiträgt. *Selbstregulierungen und staatliche Regulierungen werden dabei nicht als Ausnahmen im Sinne von punktuellem Marktversagen interpretiert, sondern als gleichwertige Steuerungsmechanismen.* Das Ziel ist nicht, mehr staatliche Regulierung einzuführen, sondern die staatliche Regulierung auf die Gestaltung einer nachhaltigen Wirtschaft auszurichten. Dabei werden insbesondere auch ein Ausbau internationaler bzw. globaler Regulierungen als unabdingbar betrachtet, so um wesentliche Problemsektoren in den Griff zu kriegen (u.a. Flugverkehr, Finanzsektor), international gleiche Bedingungen zu schaffen und damit die Marktkräfte zugunsten einer nachhaltigen Wirtschaft spielen zu lassen.

6.4 Perspektiven für Rio2012

Aus der Vortragsreihe ging hervor: Die Gestaltung einer nachhaltigen Wirtschaft ist eine langfristige Aufgabe, an der sich viele Akteure mit teils sehr unterschiedlichen Interessen beteiligen bzw. beteiligen sollten. Entsprechend langwierig und mühevoll ist dieser Prozess, der nach 20 Jahren – absolut betrachtet – erst geringe Ergebnisse hervorbrachte. Die Erwartungen an Rio2012, die sich aus der Vortragsreihe ergeben, sind entsprechend bescheiden. Wichtig ist, dass die Diskussionen und Verhandlungen aufrecht erhalten werden, die Akteure aktiv einbezogen werden und weiterhin Sensibilisierungs-, Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit geleistet wird, damit der Prozess der Gestaltung einer nachhaltigen Wirtschaft anhält.

Zu hoffen ist, dass aus Rio2012 ebenso wie aus Rio1992 Nachfolgearbeiten hervorgehen, welche den Rio-Prozess beispielsweise im Sinne der vorgeschlagenen Green Economy Road Map neu beleben, und dass aus diesen und weiteren ‚kleinen' Schritten mit der Zeit Kippeffekt entstehen, welche beispielsweise zu strengen internationalen Regelungen führen werden.

Als wesentliche allgemeine Ansatzpunkte ergeben sich aus der Vortragsreihe:

Die Regelungen im Welthandel sollten sich stärker an der Gestaltung einer nachhaltigen Wirtschaft orientieren. Da die internationalen Fortschritte bezüglich der Gestaltung einer nachhaltigen Wirtschaft bisher bescheiden ausfielen, insbesondere auch weil es immer einzelne Länder oder Ländergruppen gibt, welche die Einführung strengerer Regelungen verhindern, sollten zusätzlich zu den klassischen Instrumenten und Vorgehen neue Instrumente und Vorgehen entwickelt werden. Die Regelungen sollten so angepasst werden, dass nicht nachhaltig produzierte Produkte im Welthandel differenziert behandelt werden können. Dies können beispielsweise von Einzelstaaten oder Staatengruppen erhobene Einfuhrzölle oder Importverbote auf nicht nachhaltig produzierten Produkten sein. Dadurch kann Druck auf die Produzenten ausgeübt werden, ihre Produkte nachhaltig zu produzieren. Solche einseitigen Massnahmen können zwar in einer ersten Phase zu Konflikten führen, aber aus der Konfliktlösung heraus können gegebenenfalls auch gute Lösung entstehen.

Zentral ist, wichtige Akteure der Gestaltung einer nachhaltigen Wirtschaft noch stärker in die Entwicklung von Instrumenten und Regelungen und damit in die Verantwortung einzubeziehen.

Gelingt es, bei internationalen Verhandlungen Fortschritte zu erzielen, kann dies weit mehr zu einer nachhaltigen Wirtschaft beitragen als Lösungen im Kleinen. Das heisst jedoch nicht, dass letztere von geringer Bedeutung sind. Vielmehr sind sie Voraussetzung dafür, dass sich internationale Lösungen überhaupt durchsetzen können.

Für die Schweiz selbst ergeben sich aus der Vortragsreihe folgende Punkte: Das bereits starke Engagement in internationalen Verhandlungen, beispielsweise in der WTO und im Rahmen der Vorbereitung von Rio2012 mit der Green Economy Road Map, kann insbesondere durch die Einbindung weiterer Akteure und Partner gestärkt werden. Ebenso können Projekte und Programme in der Entwicklungszusammenarbeit oder der Förderung nachhaltiger Unternehmen ausgebaut werden.

Weiterführende Literatur

Binswanger, H.Chr. (2009): Vorwärts zur Mässigung. Perspektiven einer nachhaltigen Wirtschaft. Hamburg.

Bobik, M. (2008): Infrastruktur – Motor nachhaltiger Wirtschaft. Wien.

Bustamante, S. (2011): Corporate Social Responsibility – der Beitrag von Unternehmen zur Nachhaltigkeit. In: Rogall, H. et al. (Hrsg.): Jahrbuch Nachhaltige Ökonomie 2011/2012. Marburg, S. 355-379.

Ekardt, F. (2011): Ethische Fragen einer Nachhaltigen Ökonomie. In: Rogall, H. et al. (Hrsg.): Jahrbuch Nachhaltige Ökonomie 2011/2012. Marburg, S. 173-198.

Europäische Kommission (2011): Rio+20 – Hin zu einer umweltverträglichen Wirtschaft und besserer Governance. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Brüssel.

Göllinger, T. (2011): Sustainability, Innovation und Evolution. Systemische und evolutorische Aspekte des Nachhaltigkeitsdiskurses. In: Pinter, D. & U. Schubert (Hrsg.): Wirtschaft, Gesellschaft, Natur. Ansätze zu einem zukunftsfähigen Wirtschaften. Marburg, S. 299-321.

Hasenclever, W.-D. (2011): Ökologischer Humanismus – Zur Grundlage einer Ethik der Nachhaltigen Ökonomie. In: Rogall, H. et al. (Hrsg.): Jahrbuch Nachhaltige Ökonomie 2011/2012. Marburg, S. 199-216.

Hauchler, I. (2011): Institutionelle Reformen für eine Nachhaltige Ökonomie. In: Rogall, H. et al. (Hrsg.): Jahrbuch Nachhaltige Ökonomie 2011/2012. Marburg, S. 217-238.

Heigl, A. (2003): Nachhaltige Ökonomie im Zeitalter der Globalisierung. In: Linne, G. & M. Schwarz (Hrsg.): Handbuch Nachhaltige Entwicklung. Wie ist nachhaltiges Wirtschaften machbar? Opladen, S. 71-82.

Herr, H. & H. Rogall (2011): Von der traditionellen zur Nachhaltigen Ökonomie. In: Rogall, H. et al. (Hrsg.): Jahrbuch Nachhaltige Ökonomie 2011/2012. Marburg, S. 81-107.

Jänicke, M. (2011): „Green Growth“ – Vom Wachstum der Öko-Industrie zum nachhaltigen Wirtschaften. In: Rogall, H. et al. (Hrsg.): Jahrbuch Nachhaltige Ökonomie 2011/2012. Marburg, S. 123-141.

Jackson, T. (2009): Prosperity without growth? The transition to a sustainable economy. Report to the Sustainable Development Commission. London.

Kolleck, N. (2011): Global Governance, Corporate Responsibility und die discursive Macht multinationaler Unternehmen. Freiwillige Initiativen der Wirtschaft für eine nachhaltige Wirtschaft? Baden-Baden.

Kopfmüller, J. (2011): Die globale Dimension der Nachhaltigen Ökonomie. In: Rogall, H. et al. (Hrsg.): Jahrbuch Nachhaltige Ökonomie 2011/2012. Marburg, S. 289-310.

Linne, G. & M. Schwarz (2003): Handbuch Nachhaltige Entwicklung. Wie ist nachhaltiges Wirtschaften machbar? Wiesbaden.

Michaelis, N.V. (2011): Der Weg zu einem globalen Ordnungsrahmen für nachhaltige Entwicklung. In: Rogall, H. et al. (Hrsg.): Jahrbuch Nachhaltige Ökonomie 2011/2012. Marburg, S. 311-331.

Mittler, D. (2011): Von Umwelt und Entwicklung bis zur Green Economy. Wo versteckt sich der Geist von Rio? In: Politische Ökologie 29, Nr. 125, S. 129-132.

Moessner, U. (2011): Das Ende der Gier. Nachhaltige Marktwirtschaft statt Turbo-Kapitalismus. München.

Müller, M. (2011): Essentials einer nachhaltigen Marktwirtschaft. In: Rogall, H. et al. (Hrsg.): Jahrbuch Nachhaltige Ökonomie 2011/2012. Marburg, S. 251-277.

Müller, M. & K. Niebert (2009): Epochenwechsel. Plädoyer für einen grünen New Deal. München.

Munda, G. (2007): Social Multi-Criteria Evaluation for a Sustainable Economy. Berlin.

Muraca, B. (2009): Nachhaltigkeit ohne Wachstum? Auf dem Weg zur Décroissance. Theoretische Ansätze für eine konviviale Post-Wachstums-Gesellschaft. In: T. v. Egan-Krieger et al. (Hrsg.): Die Greifswalder Theorie starker Nachhaltigkeit. Ausbau, Anwendung und Kritik. Marburg, S. 241-259.

OECD, Organization for Economic Cooperation and Development (2011): Towards Green Growth. Paris.

Perez-Batres, L.A. et al. (2011): Institutionalizing sustainability: an empirical study of corporate registration and commitment to United Nations global compact guidelines. In: Journal of Cleaner Production 19, pp. 843-851.

Pies, I. (2006): Nachhaltigkeit: eine semantische Innovation von welthistorischer Bedeutung. Diskussionspapier Nr. 12, 2006, des Lehrstuhls für Wirtschaftsethik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Halle.

Repnik, H.-P. (2011): Rückblick mit Zukunftsvision verbinden. Rio-20-plus – Plädoyer für ein ambitionierteres Gipfelmotto. In: Politische Ökologie, Nr. 127, S. 132-135.

Rieth, L. (2010): Deutsche Unternehmen im Global Compact. Kontinuität oder Fortschritt? Eine qualitative Analyse von Nachhaltigkeitsberichten deutscher Unternehmen und anderer Organisationen. Technische Universität Darmstadt. Darmstadt.

Rogall, H. (2004): Ökonomie der Nachhaltigkeit. Handlungsfelder für Politik und Wirtschaft. Wiesbaden.

Rogall, H. (2011): Grundlagen einer nachhaltigen Wirtschaftslehre. Volkswirtschaftslehre für Studierende des 21. Jahrhunderts. Marburg.

Rogall, H. (2011): Nachhaltigkeitsparadigma – wirtschaftliches Wachstum. In: Rogall, H. et al. (Hrsg.): Jahrbuch Nachhaltige Ökonomie 2011/2012. Marburg, S. 143-172.

Sabau, G.L. (2010): Know, live and let live: Towards a redefinition of the knowledge-based economy – sustainable development nexus. In: Ecological Economics 69, pp. 1193-1201.

Scherhorn, G. (2011): Die Marktwirtschaft passt noch nicht zur nachhaltigen Entwicklung. In: Rogall, H. et al. (Hrsg.): Jahrbuch Nachhaltige Ökonomie 2011/2012. Marburg, S. 239-249.

Schweizerische Eidgenossenschaft (2011): Submission by Switzerland for UNCSD 2012 (Rio+20). (http://www.uncsd2012.org/rio20/content/documents/Switzerland Submission UNCSD 2012 (final) - 1 November 2011.pdf)

UNEP, United Nations Environment Programme (2011): Towards a Green Economy: Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication. Nairobi.

UNIVERSITÄT BERN

Anhang A: Programm-Flyer

Rio2012 als Chance nutzen – Wege zu einer nachhaltigen Wirtschaft

Vortragsreihe des Forums für Allgemeine Ökologie

Jeweils Dienstag, 8.11.-6.12.2011, 18:15 bis 19:45 Uhr (8.11. und 6.12.2011 bis 20:00 Uhr)
Hauptgebäude der Universität, Hochschulstrasse 4, Hörsaal 220

Trotz vielfältiger, durchaus auch erfolgreicher Anstrengungen, die Wirtschaft nachhaltiger zu gestalten, konnten die übergeordneten Postulate einer nachhaltigen Wirtschaft weder national noch global umgesetzt werden. Phänomene wie negative Umweltwirkungen, Ressourcenverbrauch, Armut in verschiedenen Regionen weltweit und Wirtschaftskrisen weisen darauf hin, dass die Herausforderungen weiterhin gross sind. Rio2012, die Konferenz über Nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen, wird sich insbesondere der Wirtschaft im Kontext der Nachhaltigen Entwicklung und der Armutsbekämpfung widmen. Die Vorbereitungsarbeiten sind derzeit im Gang. Die Vortragsreihe soll hier einen Beitrag leisten. Zum Einen werden aktuelle Diskurse und Herausforderungen aufgezeigt und reflektiert. Zum Anderen werden Anregungen für den künftigen nationalen und internationalen Diskurs und Botschaften für Rio2012 diskutiert. Fragen, die im Zentrum stehen sollen, sind etwa, welches die ethischen Prinzipien sind, die wirtschaftliches Handeln leiten sollen, mit welchen Konzepten, Instrumenten und Innovationen diese umgesetzt werden können und welches die Rahmenbedingungen sind, die die Handlungsmöglichkeiten der Akteure bestimmen und diese zu nachhaltigem wirtschaftlichen Handeln motivieren.

8.11.2011 (bis 20:00 Uhr)

Eröffnung der Vortragsreihe
Prof. Dr. Doris Wastl-Walter
Vizerektorin der Universität Bern

Nachhaltige Wirtschaft im Diskurs

Ökonomische Diskurse im Widerstreit
Prof. Dr. Georg Müller-Christ
Forschungszentrum Nachhaltigkeit der Universität Bremen

Nachhaltige Wirtschaft im politischen Diskurs
Prof. Dr. Daniel Wachter
Bundesamt für Raumentwicklung ARE und Geographisches Institut Universität Zürich

Moderation: Prof. Dr. Helmut Segner, Uni Bern

15.11.2011

Verantwortung wahrnehmen

Nachhaltigkeit – wirtschaftsethisch zu Ende gedacht
Prof. Dr. Helmut Kaiser
Argument Ethik Spiez und Ethikzentrum der Universität Zürich

Nachhaltige Unternehmen – Initiativen, Erfahrungen, Herausforderungen
Dr. Lothar Rieth
Energie Baden Württemberg AG, Abt. Nachhaltigkeit und Unternehmenspositionierung

Moderation: Hans Ulrich Liniger, ecosens AG

22.11.2011

Rahmenbedingungen schaffen

Welthandelsbedingungen für eine global nachhaltige Wirtschaft
Prof. Dr. Thomas Cottier
Welthandelsinstitut WTI der Universität Bern

Das Engagement der Schweiz – Erfahrungen und Herausforderungen
Remigi Winzap, lic. iur., Minister
Ressortleiter WTO/Öffentliches Beschaffungswesen, Leistungsbereich Welthandel, SECO

Moderation: Prof. Dr. Torsten Meireis, Uni Bern

29.11.2011

Innovationspotenziale ausschöpfen

Innovationen für eine nachhaltige Wirtschaft
Prof. Dr. Klaus Fichter
Borderstep Institut für Innovation und Nachhaltigkeit Berlin und Universität Oldenburg

Unternehmen für eine nachhaltige Wirtschaft
Nick Beglinger
Direktor Foundation for Global Sustainability (FFGS) und Präsident swisscleantech

Moderation: Daniel Zürcher, BAFU

6.12.2011 (bis 20:00 Uhr)

Botschaften / Anregungen für Rio2012

Zugänge zu einer nachhaltigen Wirtschaft
(Kurzsynthese Vortragsabende)
Prof. Dr. Thomas Hammer, IKAÖ

Wie ist eine national und global nachhaltige Wirtschaft erreichbar?

Podiumsgespräch mit:

- René Longet, Experte für Nachhaltig Entwicklung
- Prof. Dr. Hansruedi Müller, Forschungsinstitut für Freizeit und Tourismus FIF der Universität Bern
- Urs Näf, Verband der Schweizer Unternehmen economiesuisse
- Corrado Pardini, Gewerkschaft UNiA
- Daniel Ziegerer, Bundesamt für Umwelt BAFU, Abteilung Internationales

Moderation: Markus Mugglin
Leiter Echo der Zeit, Radio DRS

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Die Vortragsreihe ist Teil des Schweizer Vorbereitungsprozesses für Rio2012 und wird vom BAFU unterstützt.

Forum für Allgemeine Ökologie
Schanzeneckstrasse 1
Postfach 8573
CH-3001 Bern
Tel. +41 31 631 39 51
ikaoe@ikaoe.unibe.ch
www.ikaoe.unibe.ch

UNIVERSITÄT BERN

UNIVERSITÄT BERN

Anhang B:

Artikel aus: uniaktuell – Das Online-Magazin der Universität Bern

(http://www.uniaktuell.unibe.ch/content/rechtwirtschaft/2011/rio2012/)

17.11.2011

Die grüne Verantwortung

Jetzt – aber auch für die Zukunft: Die Forderung der Nachhaltigkeit stellt die Wirtschaft vor neue Aufgaben. Wie Unternehmen ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen können, wurde an einem Vortrag des Forums für Allgemeine Ökologie diskutiert.

Von Matthias Meier

Verschmutzte Umwelt, verschwenderischer Verbrauch von Ressourcen und grassierende Armut in verschiedenen Regionen der Welt: Die Verantwortung für eine nachhaltigere Wirtschaft wurde in der Vergangenheit weder national, noch global genügend wahrgenommen. Nachhaltiges Wirtschaften bedeutet, dass die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt werden, ohne die Bedürfnisse kommender Generationen zu gefährden. Nachhaltigkeit antizipiert also die Zukunft. Im Jahr 2012 findet in Rio de Janeiro die Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung, kurz Rio2012, statt. Ein Schwerpunkt der Konferenz wird die nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft sein. Eine Vortragsreihe des Forums für Allgemeine Ökologie der Universität Bern zeigt verschiedene Herausforderungen von Rio2012 auf. Ein Ethiker und der Nachhaltigkeitsverantwortliche eines grossen Energiekonzerns debattierten über die Verantwortung der Wirtschaft für die Gesellschaft.

Zukunftsvisionen? Nachhaltiges Wirtschaften beginnt in der Gegenwart. (Bild: iStock)

Forderung einer neuen Grundhaltung

«Ein Paradigmenwechsel muss her», ist der Wirtschaftsethiker Helmut Kaiser von der Uni Zürich überzeugt. «In unserer Gesellschaft zählt derzeit nur das Kapital», so Kaiser. «Kritische Fragen werden erst gestellt, wenn der Profit in Gefahr ist. Dabei ist die Natur schon lange in Gefahr, von Ökonomen werden deren Bedürfnisse aber kaum aufgenommen.» In der ethischen Perspektive von Helmut Kaiser ist zur Überwindung der globalen Probleme eine Neuordnung von Wirtschaft und Politik nötig. Er fordert eine «human-ökologische Wirtschaftsdemokratie» mit mehr Mitspracherechten in der Wirtschaft. Auf dem Weg zu einer nachhaltigeren Gesellschaft seien natürlich auch technische Innovationen hilfreich, Technik alleine könne jedoch nicht die Lösung sein. Kasier glaubt, dass nur eine neue Grundhaltung die Probleme der Gesellschaft lösen kann, die auch verzichten kann: «Fortschritt ist nicht Wirtschaftswachstum, sondern umfassende Lebensqualität.»

«Das Kapital dominiert unsere Gesellschaft.» Helmut Kaiser fordert ein elementares Umdenken. (Bild: Lukas Oechslin)

Nachhaltigkeit muss sich finanziell lohnen

Vergleichsweise zurückhaltend war der Vortrag von Lothar Rieth, der seit Anfang 2011 für die Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie in einem deutschen Energiekonzern verantwortlich ist: «Es ist ein langer Prozess, ein Unternehmen nach Grundsätzen der Nachhaltigkeit zu verändern», erklärt Rieth, der bis 2010 in der Forschung zu nachhaltiger Unternehmensführung tätig war. In der Wirtschaft ist er mit einer Reihe von Konflikten konfrontiert: «Einerseits sollen heute Unternehmen nachhaltig und umweltfreundlich sein. Andererseits muss ein Energiekonzern die Versorgungssicherheit der Bevölkerung garantieren können», schildert Rieth das Dilemma. Doch im Vergleich zu früher habe sich die veränderte gesellschaftliche Erwartungshaltung in vielen Unternehmen niedergeschlagen: «Es hat sich heutzutage ein Bewusstsein ausgebildet, einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden», so Rieth. Doch das Umdenken muss sich auch finanziell lohnen: «Man muss das Thema der Nachhaltigkeit

aus der Gutmenschen-Nische herausholen und mit den finanziellen Aspekten eines Unternehmens in Einklang bringen.»

«Der Weg zur Nachhaltigkeit ist ein Prozess der kleinen Schritte.» Für Lothar Rieth muss sich ein Umdenken lohnen. (Bild: Lukas Oechslin)

Nötigen Wandel bewusst machen

Die Meinungen über mögliche Wege in eine nachhaltige Zukunft gehen also auseinander: Das Vorgehen des Energieunternehmens ist zwar pragmatisch, jedoch sehr langwierig und Nachhaltigkeit scheint nur in kleinen Schritten erreichbar zu sein. «Diese kleinen Schritte sind nötig, aber sie verunmöglichen ein grundlegendes Umdenken und das Hinterfragen des Kapitalismus», bemängelt Kaiser. Doch die Antwort auf die Frage, wie genau der geforderte Paradigmenwechsel eingeleitet werden soll, bleibt auch der Wirtschaftsethiker schuldig. Im Hinblick auf Rio2012 ist aber vorderhand von Bedeutung, «dass in der Politik und in den Leitungen der Unternehmen ein Bewusstsein für die globalen Probleme und den nötigen Wandel entsteht», so Rieth.